

VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM



Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

G 10321 E

Nr. 166 Dezember 1994 / Januar 1995

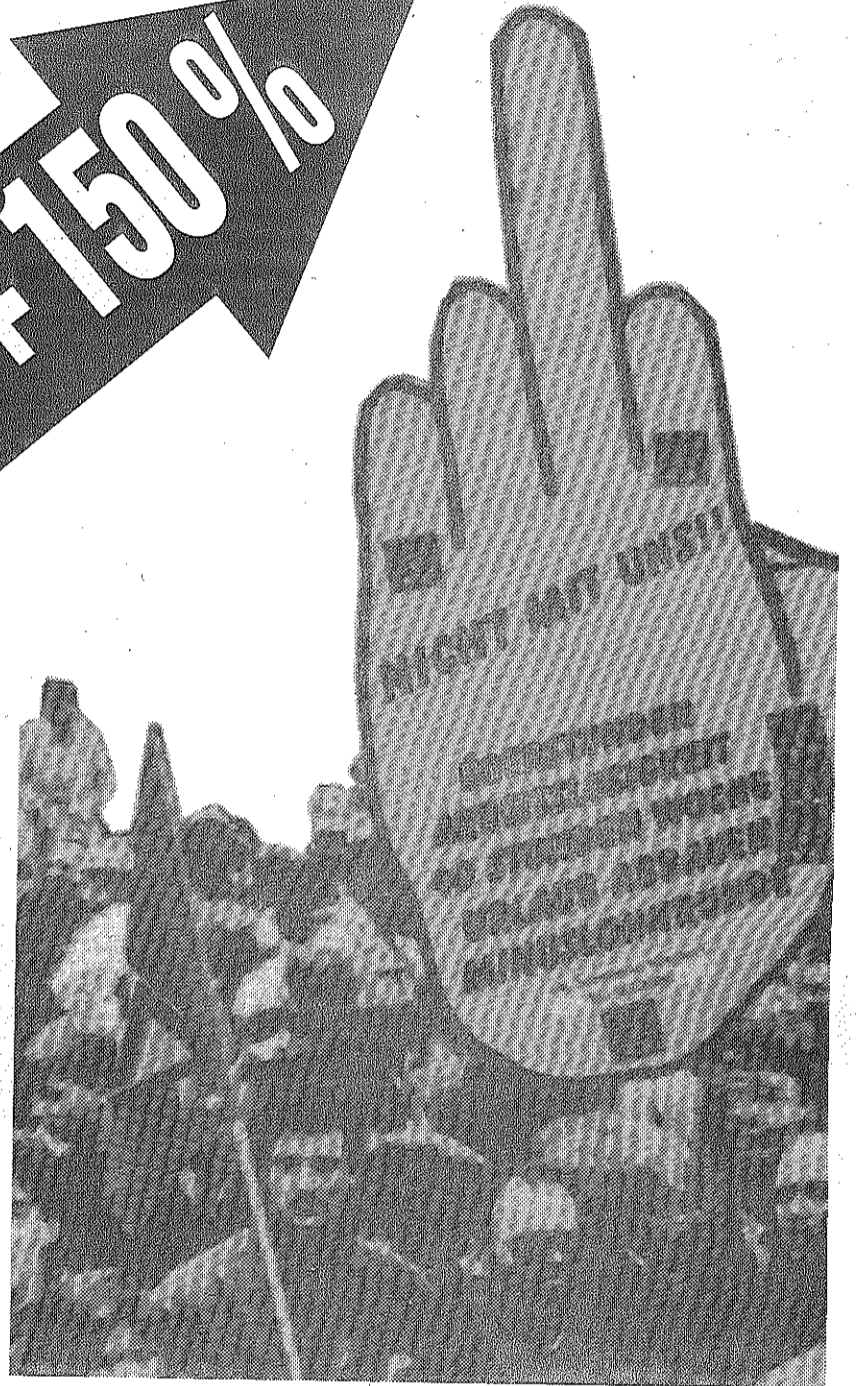
Prognose 95:

Schätzung des
Ifo-Instituts
München



Solidarzuschlag, Pflegeversicherung - Lohnkürzung

Keine Opfer für Profite!



In den Betrieben läuft der Klassenkampf von oben weiter. Bei VW sollen 1000 Arbeiter des Emdener Werks nach Hannover geschickt werden, „Mobilität“ ist angesagt. Und das nach 13 Prozent Produktivitätssteigerung durch höheren Arbeitsdruck und Rationalisierung allein von Januar bis August 1994!

Die Gewinne explodieren und die Staatskassen bleiben leer. Sowohl CDU- als auch SPD-regierte Länder und Kommunen holen sich das fehlende Geld bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und den sozial Schwachen, nicht bei den Unternehmern.

Der Gipfel der Frechheit: Land und Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben Ende November den Tarifvertrag für die Beschäftigten bei Bus und Bahn gekündigt. Sie wollen Lohnsenkungen um 30 Prozent – bis zu 1000 DM – durchsetzen (siehe Rückseite).

Wir warten nicht auf bessere Zeiten!

Kohl, die Unternehmer und die Führungen von SPD und Gewerkschaften wollen uns weismachen, daß die Marktwirtschaft ein menschenwürdiges Leben und eine Zukunft bietet, wenn wir nur etwas Geduld haben. Dabei wissen sie ganz genau, daß ihr System sich das

nicht leisten kann. Kapitalismus bedeutet gnadenloser internationaler Konkurrenzkampf auf den Knochen der Arbeiter.

Die Spitzen von SPD und Gewerkschaften haben ihren Frieden mit dem System gemacht. Kein Wunder. Ab 10 000 DM netto im Monat sieht man die ganze Misere mit anderen Augen und kann leichtfertig kluge Sprüche klopfen wie „es gibt keine Alternative zur sozialistischen Marktwirtschaft“.

Unsinn! In der DDR und Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern eine stalinistische Diktatur über die Arbeiterklasse.

Sozialismus bedeutet, daß die Millionen, die den Reichtum der Gesellschaft erarbeiten, auch selbst bestimmen, was damit geschieht. Anstelle des Chaos der Marktwirtschaft und der Diktatur der Profitinteressen einer kleinen Minderheit gibt es die demokratische Planung von Produktion und Verteilung.

Alles, was an der Marktwirtschaft sozial ist, wurde von der Arbeiterbewegung erkämpft. Nichts davon ist angesichts der tiefen Krise des Systems sicher. Deshalb muß der Kampf gegen die Angriffe der Unternehmer und der Regierung mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft verbunden werden.

Wir sollen uns freuen, weil's der Konjunktur wieder besser geht. Aber die Gleichung Aufschwung = sinkende Arbeitslosigkeit + Reallohnzuwachs stimmt schon lange nicht mehr.

Ulf Petersen, Köln

5,3 Millionen Menschen werden nach Prognose der „Fünf Weisen“ im nächsten Jahr arbeitslos bleiben. Bei den Reallohnen wird wie schon 1994 ein Absinken um 2,5 Prozent erwartet – dank Solidarzuschlag ab 1. Januar, steigenden Abgaben auf allen Ebenen und

den von vorneherein zu niedrigen Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Der Aufschwung findet nur in den Taschen der Reichen statt. Für 1995 wird eine Steigerung der Gewinne in der Industrie von 20 auf 50 Milliarden DM vorhergesagt (Ifo-Institut, November 94). Um die Banken brauchen wir uns sowieso keine Sorgen zu machen. Selbst in der tiefsten Rezession hatten sie Rekordprofite, 1993 konnte sie ihre Gewinne um 12 Prozent steigern.

Die Unternehmer ernten jetzt die Früchte von Arbeitsplatzvernichtung, Flexibilisierung und Reallohnsenkung

in den letzten Jahren. Aber das reicht ihnen nicht, sie haben trotz Aufschwung nichts zu verschenken.

Noch nicht zufrieden

Karenztage, Senkung der Renten um 10 Prozent, höhere Selbstbeteiligung für Kranke – das war Arbeitgeberpräsident Murmanns Wunschzettel an Kohl. Kohl selbst sprach in seiner Regierungserklärung von „Abbau von Besitzständen“, „unbequemen Wahrheiten“ und warnte vor „übertriebenem Streben nach Einzelfallgerechtigkeit“.

Kohl's Gruselkabinett

Nichts zu lachen, viel zu tun

Die bürgerliche Koalition hat ihr Regierungsprogramm verabschiedet. Wir werden mit verschärften Angriffen auf unseren Lebensstandard und unsere erkämpften Rechte konfrontiert.

Tanja, Aachen

Neue Minister sind die erzkonservative Claudia Nolte (Frauen und Familie) und Jürgen Rüttgers für das Ministerium Bildung, Forschung, Zukunft(sklau). Als Schwerpunkte benennt das

Regierungsprogramm: „Sicherung der Staatsfinanzen, Stärkung der Familie, Bildungs-offensive und Kriminalitätsbekämpfung“. „Steuererhöhungen wird es nicht geben“, posant Kohl. Doch was sonst ist der Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent auf die Lohnsteuer? Der Zuschlag soll jedes Jahr überprüft und gegebenenfalls erhöht werden.

Für Teile der Bevölkerung gibt es tatsächlich keine Steuererhöhungen. In den neuen Län-

dern sollen Gewerbe- und Vermögenssteuer nicht erhoben werden. Die Plattmacher und Einsacker kommen gut weg, zahlen sollen die arbeitenden Menschen.

Die Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind unerschämmt. Die Arbeitsvermittlung soll weiter privatisiert werden. Arbeitslosenminister Blüms neuester Vorschlag ist das Ausleihen von Langzeitarbeitslosen an Unternehmer. So werden diese KollegInnen zum Spielball der Unternehmer, können auf unbestimmte Zeit eingestellt und genauso schnell wieder hinausgeschmissen werden.

Als weiteres Mittel zur Veränderung der Arbeitslosenstatistik läuft weiter die Zurückdrängung der Frauen an „Heim und Herd“. Frauenministerin Nolte schlägt dafür vor, ein Kopfgeld von

1000 DM für jedes neugeborene Kind auszusetzen – das Mutterkreuz läßt grüßen!

Die Ernennung Claudia Noltens ist ein Signal an die Frauen, daß sie unter dieser Regierung nicht viel zu Lachen haben werden. Sie lehnt ein Gesetz gegen sexistische Belästigung am Arbeitsplatz aber, spricht sich für ein absolutes Abtreibungsverbot aus und fordert für Frauen, die doch abgetrieben haben, eine Bestrafung in Form von einjähriger Zwangsarbeit im Krankenhaus.

„Innere Sicherheit“

Die „innere Sicherheit“ ist eines der Hauptprojekte der Regierung. Dazu gehören mehr Befugnisse für die Polizei und vor allem die Kampagne gegen „kriminelle Ausländer“. Nach der Änderung des Asylrechts ist



Familienministerin Nolte: Zwangsarbeit als Strafe für Abtreibung?

„Ausländerkriminalität“ das Thema, mit der die Regierung Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und sinkendem Lebensstandard ablenken will. Zum anderen benutzt die Regierung die Diskussion die Kriminalitäts-Debatte zur Vorbereitung auf härtere Zeiten. Ihre Kürzungspolitik wird zu Gegenwehr führen. Streik- und Protestbewegungen werden entstehen, zu deren Niederhaltung auch der „starke Staat“ – gewerkschaftsfeindlich

che Gesetze, ausgehöhltes Demonstrationsrecht und massive Polizeieinsätze – dient.

Die nächsten Jahre unter Kohl werden mit Sicherheit hart für die arbeitende Bevölkerung.

Doch wir können auch gemeinsam dafür sorgen, daß die Regierung und die Unternehmer mit ihren Plänen nicht durchkommen. Wir können die Angriffe stoppen und die letzte Amtszeit des Bonzen-Kanzlers vorzeitig beenden. ■

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietestop und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stop von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivildienstleistende

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stop von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
- ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
- ★ Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Gewerkschaften, SPD und PDS

- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Organisierung eines vereinten Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und ostdeutschen KollegInnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn

Abschiebung zu Folter und Gefängnis

Seit Dezember ist der Abschiebestop für Kriegsflüchtlinge aus Rest-Jugoslawien und Kurden aufgehoben. Serbische Kriegsdienstverweigerer und Kosovo-Albaner müssen jetzt nachweisen, daß sie persönlich bei der Rückkehr bedroht sind, sonst droht die

Abschiebung.

Auf der Innenministerkonferenz konnten sich Bundesinnenminister Kanther und Bayern durchsetzen. Kanther behauptet, daß Abschiebestops für bestimmte Flüchtlingsgruppen mit dem Asylrecht nicht vereinbar wären. Damit ignoriert er die

Möglichkeiten des ohnehin sehr scharfen Ausländergesetzes.

Menschenrechtsgruppen haben oft erklärt, daß serbischen Kriegsdienstverweigerern, abgeschobenen Kurden und Kosovo-Albanern in ihrer „Heimat“ Folter und Gefängnis drohen. Dafür reicht aus, daß sie nach Deutschland geflohen sind. Da dies von den Gerichten nicht akzeptiert wird, ist es für die Flüchtlinge schwer, ihre Bedrohung im Einzelfall nachzuweisen.

Hetze gegen Kurden

Die Abschiebung der Kurden zu Folter und Gefängnis sowie die massiven Polizeieinsätze gegen Kurden in Deutschland sind eine direkte Unterstützung des NATO-Partners Türkei. Angesichts der Verschärfung des Krieges gegen die Kurden, der systematischen Zerstörung von Dörfern und Vertreibung der Bewohner ist es pure Heuchelei, wenn sich Politiker und Medien über den angeblichen „Kurden-Terror“ aufregen. Wo es zu Gewalt kurdischer Demonstranten

kam, ist sie durch Demonstrationsverbote und brutale Prügeleinsätze gegen friedliche Straßenblockaden provoziert worden.

Die SPD-Innenminister haben sich für eine Verlängerung des zunächst für sechs Monate gewährten Abschiebestops ausgesprochen, konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Sie haben jedoch der Regelung zugestimmt, daß „Straftäter“ unter den Flüchtlingen bevorzugt abgeschoben werden sollen!

„Straftäter“ sind zum Beispiel Kurden, gegen die ein Verfahren wegen einer friedlichen Straßenblockade läuft. Statt diese politischen Flüchtlinge zu verteidigen und gerade sie vor Abschiebung zu schützen, unterstützen auch die SPD-Innenminister die Hetzkampagne gegen die Kurden.

Die SAV fordert: Sofortiger Abschiebestopp und Bleiberecht für alle Flüchtlinge. Einstellung der Verfahren gegen kurdische Aktivisten, die hier für Freiheit und das Überleben ihres Volkes demonstriert haben.

Ulf Petersen, Köln

Knast für 116 Mark am Tag

Die Bezirksregierung Hannover (SPD) stellt Abschiebehäftlingen jetzt für jeden Tag im Gefängnis 116 Mark in Rechnung. Wenn Flüchtlinge kein Geld haben, wird ihnen Schmuck abgenommen.

Ein Tunesier, der fünf Jahre in Deutschland gearbeitet hatte und über Ersparnisse verfügte, mußte zu Beginn seiner Haft für vier Wochen im Voraus zahlen. Als er dann vor dieser Frist abgeschoben wurde, wurde der restliche Betrag „für Abschiebebegleitung“ einbehalten.

Nach Aussage des Niedersächsischen Flüchtlingsrats wird Flüchtlingen schon gleich nach der Ankunft in Deutschland von Bundesgrenzschutzbeamten alles Bargeld mit der Begründung abgenommen, es werde für Verfahrenskosten und die Rückführung in die Heimatländer gebraucht (Bericht in der Frankfurter Rundschau vom 29. 11. 94).

Abzuschiebende AusländerInnen haben nichts verbrochen, werden aber wie normale Straftäter behandelt. Außer daß sie jetzt auch noch für den Knastaufenthalt bezahlen müssen.

Öffentlicher Nahverkehr in Berlin

Halbe Bahn zum erhöhten Preis

Das Superwahljahr 1994 geht zu Ende. Eine besondere Überraschung dachte sich der Berliner Senat für das Jahr 1995 aus: Ab dem 1. Januar steigen die Fahrpreise der Berliner Verkehrsbetriebe und der S-Bahn.

Patrick, Berlin-Marzahn

3,70 DM soll jetzt eine Einzel-fahrt kosten. Sozialhilfempfänger können in Zukunft 29 DM für eine Monatskarte blechen. Zusätzlich sollen die Ost- den Westtarifen angegleichen werden.

den. Doch jeder weiß, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit längst nicht der Fall ist.

Alle kennen den desolaten Zustand des öffentlichen Nahverkehrs. Der Winter naht und das lange Warten an S-Bahnhöfen und Bushaltestellen wird viele davon abhalten, auf die Öffentlichen umzusteigen. Die BVG schafft es so, das Chaos auf den Straßen zu vergrößern, Lärm und Smog werden weiter zunehmen.

Nicht nur bei der BVG, sondern in allen Verkehrsbetrieben werden die Fahrpreise erhöht



Wenn die Preise weiter steigen, können Busse und Bahnen gleich in den Depots bleiben wie beim Streik 94 in Ostberlin

und der Service verschlechtert. Wir müssen anfangen uns zu wehren und kämpfen für: ★ Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel

★ Verkürzung der Taktzeiten
★ Nahverkehr zum Nulltarif, finanziert aus den Gewinnen der Automobilindustrie

Sozialdemokratie

Zu Diensten, Herr Manager

„Wir können den Leuten nicht mehr mit dem Argument kommen, ihr verdient gut, also seid ihr die Lastesel für uns.“, so SPD-Chef Scharping auf der Tagung der Parteirechten („Seeheimer Kreis“) in Tutzing.

Scharping meint, im Wahlkampf sei die SPD „zu einseitig als Partei der sozialen Gerechtigkeit aufgetreten“ (zitiert nach „taz“, 28. 11. 94). Eine Aussage, die von schwarzem Humor zeugt, blickt man auf den Kohl-schonenden SPD-Wahlkampf zurück, in dem lediglich Sozialkrümeln (Kindergeld, Schlechtwettergeld – das war's) mit viel Tamtam und warmen Sprüchen von Gerechtigkeit und Solidarität angeboten wurden.

Scharping sagt, dies sei „keine einschneidende Kursänderung“, er habe das auch schon vorher so formuliert. Recht hat er! Die SPD hat in allen wichtigen Fragen Position gegen die Arbeiter und für die Unternehmer bezogen, von der Pflegeversicherung zur Post-Privatisierung.

Lediglich im Wahlkampf, den man nicht schon wieder schmählich verlieren wollte, hatte man die alten sozialdemokratischen Kleider zwecks Maskerade übergestreift, die bei näherem Hinsehen jedoch reichlich dünn

aus Top-Managern und Unternehmern zu bilden, der die Partei beraten soll. Spitzen-Manager als Mittelschichtler? Hier wird deutlich, daß Scharping mit Begriffen herumjongliert. Es geht der SPD-Spitze nicht um die Gewinnung der „Mittelschichten“ wie kleine Unternehmer, Handwerker, Bauern, höhere Angestellte und Freiberufler, sondern darum, die Politik des Großkapitals, die Teile dieser Schichten ruiniert, gezielter durchführen zu können.

Kriegserklärung an Arbeiter

Obwohl Scharping keinen inhaltlichen Schwenk vorschlägt, hat die SPD-Spitze doch die Betonung geändert. „Für die Mittelschichten attraktiver werden“, „dem Umbau des Sozialstaates nicht verschließen“, „den Mißbrauch von staatlichen Sozialleistungen konsequent bekämpfen“, „es wäre absolut dumm, wenn wir im Bundestag nur blockieren“.

Diese Formulierungen verschleiern kaum deren wirkliche Bedeutung – und sollen es auch nicht: Wir, die Spitzen-Funktionäre, wollen, daß die SPD eine normale bürgerliche Partei wird. Wir wollen der Arbeiterklasse offen sagen, daß sie für die Kri-

SPD-Mitgliedern die Bewahrung sozialdemokratischer Traditionen vorzuheucheln. Sie scheinen darauf zu setzen, daß man mit weiterem Mitglieder-schwund und einer kleineren Partei bequemer kapitalistische Politik durchsetzt, daß lästige Debatten wie beim Asylrecht unterbleiben.

Claes ist jetzt NATO-Generalsekretär, Italiens Obersozialist hatte seine Partei in eine Mafia-Gliederung verwandelt und sitzt jetzt wegen Korruption im Knast!

Wie schnell die ArbeiterInnen endgültig aus der Partei und ihrem Umfeld vergrault werden können, ist noch nicht klar. Klar



SPD-Ministerpräsident Schröder (rechts) im Plausch mit den Mittelschichten. In diesem Fall: VW-Chef Piëch.

Nichts anderes bedeutet die Attacke des abgehalfterten Ex-Fraktionschefs Klose auf die Jungsozialisten, der diese laut BILD (Information mit Vorbehalt!) am liebsten auflösen möchte und behauptet: „Die erwecken den Eindruck, als ob sie sich nur treffen, weil sie Staatsknete dafür bekommen.“ – eine dreiste Äußerung von einem Bundestagsabgeordneten, der jeden Monat mehr Geld kassiert als viele SchülerInnen, Studierende oder arbeitende Jusos oder Parteimitglieder in einem halben oder ganzen Jahr sehen!

Aber darum geht es nicht. Der Parteiführung sind die Jusos trotz ihrem gemäßigten Kurs der letzten Jahre immer noch zu links und zu aktiv. Das stört bei der Umwandlung zur Wahlkampf- und Ämtermaschine. Die SPD-Spitze hat sich entschieden und will den Weg anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa gehen. Ergebnis von deren „Modernisierung“: Der belgische Sozialisten-Chef

ist jedoch, daß linke Aktivisten bei den Jusos und an der Parteibasis nicht gemeinsam mit der Parteispitze oder deren halblinker Deckung einen Weg vorwärts suchen können, sondern daß Gliederungen als Oppositionsstützpunkte gegen den Kurs der Führung genutzt werden müssen.

Der Bundesverband der Jungsozialisten muß sich aus seiner Position zwischen allen Stühlen befreien. Entweder die Jusos verstehen sich als eine sozialistische Jugendorganisation, die Scharping und Co. als Feinde der arbeitenden Menschen bekämpft und sozialistische Politik macht, oder als Karriere-Nachwuchs-Organisation, die über kurz oder lang im bürgerlichen Sumpf versackt.

Wir haben die SAV gegründet, weil es notwendig ist, heute mit einem sozialistischen Programm aktiv zu sein – angesichts des fortgesetzten Rechtsrucks der Führung auch ein Angebot an alle Jusos und SPDler.

unser standpunkt

Zynischer Trick

In das Getriebe des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und FDP sind nach der vierten Kohlschen Wiederwahl ausländische Kinder geraten. Die sonst von den Damen und Herren der Regierung als Sand in der Staatsmaschinerie dargestellten Nicht-Deutschen sollen nun als Fett für die angerosteten Zahnräder der FDP-Profilanlage herhalten.

Mit einer Staatszugehörigkeit auf Probe will die Regierung, vor allem die FDP, den Anschein erwecken, die Situation der AusländerInnen liege ihnen am Herzen. Pustekuchen! Bei dem alten germanischen Recht, nach dem nur Deutscher ist, wer deutsches Blut in seinen Adern fließen hat, soll es auch in Zukunft bleiben.

Denn Zugehörigkeit ist nicht gleich Angehörigkeit. Die ausländischen Kindern müssen Bedingungen erfüllen, um zumindest zeitweise das „Privileg“ zu haben, „dazuzugehören“: Ein Elternteil muß in Deutschland geboren sein und beide Eltern müssen seit mindestens 10 Jahren in der BRD leben.

Sind diese Hürden überwunden, kann das Kind die deutsche „Staatszugehörigkeit“ beantragen und gleichzeitig den eigenen – zum Beispiel türkischen – Paß behalten. Bis zum 18. Geburtstag. Dann ist Schluß mit dem Doppelbürgertum, die Entscheidung für den deutschen oder den türkischen Paß muß fallen. Auch vorher bietet der deutsche Paß nicht allzuviel. Die „Staatszugehörigkeit“ bietet keinen Abschiebschutz für enge Verwandte. Auch Familienmitglieder dürfen nicht nach Deutschland ziehen.

Diese Schnupperstaatsbürgerschaft ist keine Reform, nicht einmal ein Reförmchen. Sie ist ein zynisches rassistisches Manöver, mit der die FDP verbergen will, daß sie ihre Versprechungen von der doppelten Staatsbürgerschaft fallen lassen hat wie eine heiße Kartoffel. Die Spaltung zwischen Deutschen und AusländerInnen und innerhalb der Nicht-Deutschen soll dadurch verschärft werden.

Martin, IG-Metall Mitglied, Bremerhaven

Die SAV kämpft für:

- ★ Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Sondergesetze gegen AusländerInnen
- ★ Volles Wahrecht für alle Menschen ab 16

Offensichtlich hat die Parteispitze kein Interesse daran, den SPD-Mitgliedern die Bewahrung sozialdemokratischer Traditionen vorzuheucheln.

wirkten.

Insofern verwundert es auch nicht, daß ein Aufschrei über Scharpings rechte Sprüche in der Parteispitze unterbleibt. Nicht nur die Traditionsrechte des „Seeheimer Kreises“ unterstützt ihn, auch die Schicht-seelenloser bürgerlicher Technokraten, deren führender Vertreter Verheugen ist, klatscht Beifall. Nur von den vereinzelt Vorzeigelinken wie Horst Peter und Wieczorek-Zeul kam Kritik.

Um die „Mittelschichten“ zu gewinnen, schlägt Scharping vor, einen „SPD-Wirtschaftsrat“

se des Systems zu bezahlen hat und wollen zeigen, daß wir den Krieg gegen die Arbeiter besser führen als die CDU.

Am deutlichsten machen das Renate Schmidts Haßparolen gegen die Opfer der Krise: „Nicht jeder Sozialhilfeempfänger ist von Natur aus gut.“ Man müsse nachdenken, wie man Arbeitslose „mit Druck“ wieder in Arbeit bringe. (zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 29. 11. 94).

Basis stört

Offensichtlich hat die Parteispitze kein Interesse daran, den

Bremer Jungsozialisten

SAV-Mitglied Landesvorsitzende

Im Oktober wurde Claudia Weigelt (SAV Bremerhaven) als erste Trotzaktivistin zur Vorsitzenden in einem Landesverband der Jungsozialistinnen gewählt. Wir haben Claudia zu den geplanten Aktivitäten und zur Lage der Jusos befragt.

VORAN: „Jusos in der SPD“ – was kann man angesichts der rechten Politik der SPD auch im Land Bremen als Jungsozialist noch erreichen, wie sind die Aussichten für den Verband?

Claudia: Die Jungsozialisten stehen vor der Wahl. Halblinkes Mitwurschteln in der SPD oder

knallharte Opposition. Einige Jusos wollen versuchen, ein bißchen am Kurs der SPD feilen, werden jedoch dauernd von den Rechten untergebuttert oder dienen als linkes Feigenblatt auf den Listen für die Bürger-schaftswahl. Sie sehen zum Beispiel die „konstruktive Mitarbeit“ am Wahlprogramm der SPD als wichtig an. So geht die Organisation den Bach runter, die Leute werden frustriert oder springen auf den rechten Karriererzug.

Die Alternative der SAV ist: Auf die Straße gehen, mit klarem sozialistischen Programm den Kampf gegen die Landesregierung führen, die die kleinen

Leute für die Krise bezahlen läßt. Kontakt zu den KollegInnen in den Betrieben aufnehmen, Druck machen durch Straßenaktionen und Demonstrationen.

Mit dieser Politik können die Jungsozialisten eine Rolle dabei spielen, in der Bevölkerung aber auch an der Parteibasis der SPD – soweit noch nicht frustriert – und bei gewerkschaftlichen Aktivisten Unterstützung für den Kampf gegen die Sparpolitik zu bekommen.

Deswegen hat die SAV im Unterbezirk Bremerhaven und im Landesverband Verantwortung übernommen. Die Wahlniederlage der Halblinken auf der Lan-

deskonferenz und die Unterstützung von SAV-Positionen vor allem durch jüngere Juso-Mitglieder, die noch nicht bei uns organisiert sind, ist ein positives Zeichen.

Was werden die Schwerpunkte Eurer Aktivität sein?

Natürlich der Kampf gegen die Sparpolitik. Sämtliche kommunalen Dienstleistungen werden in Frage gestellt. In Bremen wird der Bildungsetat geschlachtet, in Bremerhaven wird eins von zwei Schwimmbädern geschlossen und die Sportvereine werden durch die Streichung von Geldern ausgetrocknet.

In Bremerhaven ist die Lage dramatischer als in der Stadt

Bremen. Dort droht der endgültige industrielle Kahlschlag. Heute gibt es offiziell fast 18 Prozent Arbeitslosigkeit, auch die letzten beiden Werften sind jetzt bedroht. Die Lage ist brisant, aber viele Leute sind eher in depressiver Stimmung.

Wir erklären, daß spät besser ist als nie: Der Kampf um jeden noch verbliebene Arbeitsplatz muß aufgenommen werden.

Wie kann die Finanzkrise in Bremen Eurer Meinung nach gelöst werden?

Der Staat rechnet sich doch selber arm, indem er dankend auf höhere Unternehmenssteuern verzichtet. Die Kapitalisten haben 700 Milliarden auf der

hohen Kante. Die Bremer SPD tut nichts dagegen, daß Bundesregierung und Kapital durch ihre Politik die Landeskassen plündern. Wir wollen mit der Gegenwehr in Bremen anfangen, für Umverteilung, gegen Prestieobjekte, gegen Steuergeschenke an Unternehmer. Wir stellen für das Land ein Programm auf, welches die Lage der arbeitenden Menschen klar verbessern würde. Aber unserer Meinung nach ist das ein bundesweiter Kampf, wir treten ein für eine Mobilisierung gegen Bonn, um die notwendigen Finanzen zu erkämpfen.

Vielen Dank.



kein Freund und Helfer

Die Polizei wirbt mit Zeitungsannoncen und Plakaten um neue Mitarbeiter und ein besseres Image. Seit den Skandalen um Gewalttätigkeiten im Dienst und Filz zwischen Polizei und Neonazis hat sie dies bitter nötig. Aber Werbekampagnen ändern nicht die Rolle der Polizei.

Johannes Bauer,
Claus Ludwig, Köln

Aufgabe des Staates ist es, das Zusammenleben der Bevölkerung zu organisieren. Dazu hat er Verwaltungsorgane, von denen die Polizei eines ist. So lernen wir es in der Schule.

Tatsächlich sorgen Staat und Polizei dafür, daß der Privatbesitz an den Produktionsmitteln

unangetastet bleibt.

Der Bundesgrenzschutz hat in Manövern geprobt, wie Streiks und Betriebsbesetzungen zerschlagen werden können. Polizeieinsätze verhindern, daß die Neonazis, von zu Zeit nützliche Idioten der Herrschenden, von der antifaschistischen Bewegung auseinandergejagt werden.

Der Schutz der Normalbürgers vor Kriminalität spielt bei der Polizeiarbeit nur eine kleine Rolle. Ob einer dem anderen ein Fahrrad klaut, ist den Herrschenden egal. Einer der ihren verdient an dem neu zu kaufenden Fahrrad. Mit Großeinsätzen werden friedliche Demonstrationen begleitet, ganze Kommissariate sind mit der Ausspähung von „Verfassungsfeinden“ beschäf-

tigt. Im Gegensatz dazu verfügt die Polizei scheinbar über keine Möglichkeiten, Wirtschaftskriminelle, die jährlich mehr als 130 Milliarden DM an Steuern hinterziehen, dingfest zu machen. Diese fallen in die Zuständigkeit des Finanzamtes, so daß ein Wirtschaftsdelikt, das die Allgemeinheit Millionen kostet, als weniger verwerflich und kriminell angesehen wird als ein Taschendiebstahl.

Rechtsruck im Apparat

Der Sozialabbau wird vom Abbau demokratischer Rechte begleitet. Mit dem „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ ist das Zusammenarbeits-Verbot von Polizei und Geheimdiensten aufgehoben worden. Der BGS darf jetzt im Landesinneren Kontrollen und vorübergehende Festnahmen vornehmen.

Schon bei der Verabschiedung der sogenannten Notstandsgesetze 1968 sprach der Innenminister davon, man brauche diese Gesetze für eine Zeit, in der die „Sonne der Konjunktur“ nicht mehr scheine.

Der Staat ist auch ideologisch nach rechts gerückt. Ob nazifreundliche Richter, Rechtsausleger in CDU, FDP, bei der Bundeswehr oder bei der Polizei – immer häufiger werden „respektable“ Politiker oder höhere Beamte gegenüber Faschisten offen oder treten für polizeistaatli-

che Lösungen ein. Der Rechtschwenk in den oberen Etagen wird natürlich nach unten weitergegeben.

„Arbeiter in Uniform“?

Die Mehrheit der Polizisten sind weder brutale Schläger noch Faschisten. Doch sie sind auch nicht einfach „Arbeiter in Uniform“, obwohl sie nicht viel verdienen und unter schlechten Bedingungen arbeiten.

Der Schutz der Normalbürgers vor Kriminalität spielt bei der Polizeiarbeit nur eine kleine Rolle

Die Machtbefugnisse von Uniformierten, der Umstand, daß vor Gericht im Zweifelsfall einem Polizisten geglaubt wird und die Zugehörigkeit zu einer Truppe, die im Notfall auch eigene Fehler deckt, sind Privilegien, die Polizisten von anderen Lohnabhängigen unterscheiden.

Dazu kommen hohe Einstiegsgehälter, gute Pensionen und Vergünstigungen bei Versicherungen sowie kurze Ausbildungszeiten, die als kleine materielle Privilegien diese Schichtzeiten und Streß ausgleichen.

In der Ausbildung werden Polizisten auf Gehorsam gedrillt. Von der Polizeiführung wird „Kameradschaft“, Korpsgeist, gefördert. Polizisten werden von

oben auf Feinbilder – „Automome“, „kriminelle Ausländer“, „Penner“ – geschult, zusätzlich werden durch das Auftreten der Polizei Leute angezogen, deren Weltbild das „harte Vorgehen“ und zunehmend rassistische und faschistische Ideen entsprechen.

Als jemand, der die Besitzverhältnisse verteidigen muß, nimmt ein Polizist soziale Widersprüche oft falsch wahr: Nicht der Hausbesitzer, der die Mieten hochtreibt, ist für ihn ein Problem, sondern der Obdachlose, mit dem er im Dienst zu tun hat.

Polizisten werden zu den Schichten gehören, die am längsten treu zum kapitalistischen Staat stehen. Es wäre illusorisch zu glauben, sie würden sich mit den Demonstranten verbündern, wenn diese nur für bessere Arbeitszeiten und Schichtzuschläge für Polizisten eintreten.

Platthauen wie Stullen?

Wer die Staatsmacht am eigenen Leibe zu spüren bekommen hat, bei einer antifaschistischen Demo verprügelt oder als Streikposten von Polizisten zur Freigabe des Werkseinganges gezwungen wurde, kann zur Auffassung gelangen, daß Polizisten nicht im DGB organisiert sein sollten, weil sie nicht Teil der arbeitenden Klasse sind, sondern die Büttel der Herrschenden.

Eine Linke meinen, daß es mit Polizisten nur Konfrontation geben kann. Klar ist, daß die Arbeiterbewegung kein Vertrauen in Polizei und Justiz haben darf. Doch es wäre blödsinnig, daraus abzuleiten, sämtliche Polizisten für immer als reaktionär verurteilt zu betrachten. Innerhalb der Polizei gibt es Widersprü-

genisiert sind und wenn Sozialisten immer wieder an die Polizisten appellieren, sich dagegen zu wehren, Unternehmerinteressen zu vertreten oder Nazis zu schützen. Allerdings heißt das nicht, bei polizeilichen Einsätzen nachzugeben. Die Arbeiterbewegung muß gegenüber dem Staatsapparat Stärke zeigen und dies mit einem Appell an die Beamten verbinden.

Auf dem Kongreß der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wurde gefordert, daß die Polizei die Nazis nicht mehr beschützen muß. Nach Aussagen des GdP-Vorsitzenden Lutz haben es die Beamten satt, immer mit „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ begrüßt zu werden. Das darf man nicht überbewerten. Doch die Forderung zeigt, daß der Druck der antifaschistischen Bewegung das „Nazi-Schützen“ verdammt anstrengend gemacht hat.

Kontrolle der Polizei

VORAN tritt für eine Arbeiterdemokratie ein, in der es keine „besonderen bewaffneten Formationen“ (Engels) gibt, sondern in der das Volk seinen Schutz nach innen und außen demokratisch organisiert. Das wäre ein vollkommen neuer Staat, der jetzige Klassenstaat kann nicht dahingehend reformiert werden.

Allerdings ist nach Meinung vieler ArbeiterInnen die Polizei heute notwendig, die Gesellschaft vor Kriminalität zu schützen. Wir können keine sozialistische Gesellschaft aus der Tasche zaubern. Daher halten wir es für nutzlos und wortradikal, lauthals die „Abschaffung der Bullen“ zu fordern. es geht darum, am bestehenden Bewußtsein anzuknüpfen und Brücken zu bauen.

Um den unterdrückten Charakter der Polizei deutlich zu machen, fordern wir die Auflösung aller paramilitärischen Sondereinheiten wie BGS und GSG 9 und das Fernbleiben der Polizei von Demonstrationen.

Um deutlich zu machen, welche Art von „Sicherheitskräften“ im Interesse der arbeitenden Menschen nötig wären und daß wir dem heutigen Staat nicht trauen dürfen, fordern wir die demokratische Kontrolle über die Polizei durch Vertreter der örtlichen Bevölkerung und der Gewerkschaften.

Dadurch wird der Staatsapparat nicht unbrauchbar gemacht oder grundlegend reformiert, doch massenhafte Unterstützung zum Beispiel für einen Kontrollausschuß gegen Polizeibergriffe kann der Spielraum der Herrschenden eingeschränkt werden. ■

Polizeiübergriffe

Juli 94 wurde der 16jährige Kurde Halim Dener beim Plakattieren in Hannover von einem Polizisten erschossen. Seitdem reißen die Meldungen von Übergriffen nicht ab. „Tamilen bei Festnahme Handgelenk gebrochen“, „Iraner in Abschiebehaft verprügelt“, oder „Polizisten mißhandeln Marokkaner“ lauten die Überschriften.

Die Dunkelziffer ist groß. Ausländer werden besonders häufig Opfer von Gewalttätigkeiten im Polizeigewahrsam. Diese Menschenverachtung läßt die Unterschiede zwischen einem reichen mitteleuropäischen Land mit einer parlamentarischen Demokratie und einem totalitären Regime schrumpfen. Der Übergang von Mißhandlung zu Folter ist fließend.

Im Gewahrsam des Bundesgrenzschutzes (BGS) am Rhein/Main-Flughafen starb am 3. August der Nigerianer Kola Bankole. Offizielle Todesursache: Herzversagen. Nicht ganz zu unrecht, denn Kolas Herz hörte tatsächlich auf zu schlagen, nachdem der in Hockstellung zu einem Paket Gefesselte eine Beruhigungsspritze bekam. Hinzu kam noch ein Mund-Nasen-Pflaster, eine sogenannte „Trense“, die das Schreien des Opfers unterdrücken und das Atmen erschweren soll. Als der so Gequälte zusammenbrach, sind ausreichende Wiederbelebungsmaßnahmen des anwesenden Arztes unterblieben.

Umstritten sind immer noch die Umstände, unter denen 1993 eine Frau beim BGS am Frankfurter Flughafen starb. Der Fall ist von den zuständigen Behörden inzwischen zu den Akten gelegt worden. Als Todesursache der „verwirrten Frau“ wird Selbstmord angegeben, obwohl in ihrem Mund Reste von Klebeband und Textilien gefunden wurden und ihr Kiefer gebrochen war.

Die Polizei offenbart in solchen Skandalen ihr wirkliches Gesicht. Sie ist nicht das Organ, das Rechtsbrüche verhindert oder aufklärt, sondern dient der Unterdrückung einzelner Bevölkerungsgruppen im Interesse der Herrschenden.

In der miefigen Atmosphäre der Polizeireviere, die bestimmt wird von reaktionären Dienstvorschriften, übermüdeten Beamten und dem Angstschweiß, der den Popelinehemden entweicht, wenn vom organisierten Verbrechen die Rede ist, herrscht das Klima, in dem ausländerfeindliche Propaganda von der Regierung oder von Neonazis auf fruchtbaren Boden fällt.



Kürzungen bei Jugendzentren

Jugendliche wehren sich

Stuttgart

Es ist mal wieder soweit, die Stadt muß sparen. Verzichtet wird nicht auf die zweite Messe oder das neue Flughafengebäude. Gekürzt wird, wo Geld am meisten gebraucht wird. Bei den Jugendlichen.

Nachdem schon 1993 8 Prozent des Jugendhaushalts gekürzt wurden, sollen in diesem Jahr 800 000 DM weniger ausgegeben werden, und das in einer Stadt, in der nicht einmal jeder Stadtteil sein Jugendhaus hat und sich viele sowieso schon auf der Straße treffen müssen. Die SPD-Bürgermeister machen fröhlich mit. Und wer tut etwas dagegen? Niemand.

Niemand? Nein, eine von unbeugsamen Stuttgartern bevölkerte Organisation namens SAV hört nicht auf, den Kürzern Wi-

derstand zu leisten. Mit Unterschriftenlisten, Falblättern und Spendendosen stellt sich diese Gruppe jeden Samstag morgen auf die Straße. Nicht nur das, sie klappern jedes erreichbare Jugendhaus ab, besuchen dort die Betriebsversammlungen, um die MitarbeiterInnen für ihre Kampagne zu gewinnen oder ihre Hilfe anzubieten.

Innerhalb von nur zwei Wochen sind 500 Unterschriften gesammelt, bis Anfang Dezember 3000 Unterschriften zu sammeln. Unterstützung bei dieser Kampagne kann die SAV gut gebrauchen. Die Naturfreunde und eine Schwulen-Lesben-Gruppe sind schon mit gutem Beispiel vorgegangen und sammeln mit den SAV-Listen Unterschriften.

Anfang Dezember werden wir eine Kundgebung vor dem Rat-

haus durchführen und die Unterschriften übergeben. Das wird ein wichtiger Schritt sein, um Öffentlichkeit herzustellen und die Bewegung weiter aufzubauen. Im Januar stehen die Haushaltsberatungen an. Dann wollen wir die geballte Wut in den Gemeinderat hineintragen!

Andrea, Stuttgart

Kassel

Im April hatte die SAV eine erfolgreiche Kampagne gegen die Schließung des Jugendzentrums Brückenhof geführt, doch die allgemein kritische Situation der Jugendzentren ist geblieben.

Es wurde zwar im Stadtteil Helleböhn ein Jugendraum von 30 m² geschaffen, doch für 1310 Jugendliche unter 18 Jahren ist der etwas zu klein! Dort fehlen ebenfalls immer noch 130 Kin-

dergartenplätze.

Auch die Wiederbesetzungssperre wurde nicht aufgehoben. Dazu sollen sechs Jugendzentren von freien Trägern übernommen werden. Die Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich sind zwar von 11,4 auf 6,1 Millionen gesenkt worden, aber nur, weil die Kindertagesstätten aus der Rechnung herausgenommen wurden. Für den Jugendbereich hat das nichts verbessert.

Daher werden wir weiterkämpfen. Bis Mitte Januar wollen wir 5000 Unterschriften gegen die Schließung von Jugendzentren sammeln. Auch die Zusammenarbeit mit den betroffenen Jugendlichen werden wir ausbauen. Soll wieder ein Jugendzentrum geschlossen werden, werden wir darauf vorbereitet sein.

Nadine, Kassel

Verkauft VORAN! Bauarbeiter und Schuhverkäuferinnen

Du gehörst zu den Genossen, die immer sooo furchtbar viel zu tun haben und leider an keinem Verkaufstermin dabei sein können?

So ein Pech! Du wirst Dir wohl eine neue Ausrede einfallen lassen müssen. Denn wir SAVler in Stuttgart haben eine andere Möglichkeit gefunden, unseren Zeitungsverkauf zu verbessern.

Einige tragen mittlerweile immer ein paar Exemplare der VORAN mit herum. Anstatt auf der Königstraße zu stehen und auf einen der seltenen Käufer zu warten, verkaufen wir nun überall dort, wo wir uns sowieso befinden. Nach dem Motto: Wenn Du ins Freibad gehst, pack' eine VORAN unter die Badehose (seltsamer Vorschlag für diese Jahreszeit! die Red.).

Gute Erfahrungen haben wir mit Straßenbahnfahrern und

Postlern gemacht. Eine Genossin hat an acht Bauarbeiter, die vor ihrem Haus zu tun hatten, acht Zeitungen verkauft und von vier Schuhverkäuferinnen kaufte jede eine. Einige Genossen haben mittlerweile feste Abnehmer in der Mensa, der Schule oder bei ihrem Zeitungskiosk. Es macht einfach mehr Spaß, mit dem Fahrkartenkontrolleur über die Mittelseite der VORAN zu diskutieren als über den vergessenen Fahrausweis!

Außerdem entwickelt sich so ein „sozialistischer Wettbewerb“. In Stuttgart haben wir allen beim Kohl-Auftritt im Wahlkampf über 50 Zeitungen verkauft, bei einer Demo von SEL-Beschäftigten 15 und insgesamt 280 von 300 Exemplaren der letzten Ausgabe. Also, wovon wartet ihr noch?

Tinette, Stuttgart

Betriebszeitung bei VW

Mitte November haben Kollegen des VW-Werks Baunatal mit Unterstützung der SAV und der Kasseler Jungsozialisten die erste Ausgabe der Betriebszeitung *Rotstift* herausgegeben.

Frank Klobes, Kassel

Seit Jahren setzen die Bosse und die Regierung den Rotstift bei den Arbeitnehmern an. Ob Lohnkürzungen oder Arbeitsplatzvernichtung, immer sind die Arbeitnehmer die Dummen. Kollegen bei VW haben sich jetzt entschlossen ihrerseits, mit Rotstift zu markieren, was ihnen stinkt!

Bei den Kollegen kam die Zeitung sehr gut an. „Endlich mal jemand, der die Wahrheit sagt“. Besonders die Schlagzeile traf ins Schwarze: „Vom VW-Arbeiter zum Saisonarbeiter“. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung von Konzernchef Piech, im Herbst drei Tage pro Woche arbeiten zu lassen und im Frühjahr sechs Tage. Beim Verteilen sagten viele Kollegen: „Genauso

fühlen wir uns jetzt schon.“

Es gibt Unzufriedenheit mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaftsführung. Zunehmende Flexibilisierung, 20 Prozent Arbeitszeitverkürzung bei 18

werkschaftliche Gegenmacht gegen die Konzernangriffe stärken. Dies beinhaltet auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Betriebsratspolitik. Entsprechend waren einige Betriebsräte und die gewerkschaftliche Vertrauenskörperleiter nicht begeistert. Sie versuchten einen Kollegen, der den *Rotstift* verteilt hatte, einzuschüchtern. Die IGM-Metall-Spitzen im Betrieb haben Angst vor einer innergewerkschaftlichen Opposition, wie es sie zum Beispiel bei Mercedes in Kassel gibt. Dort hat eine alternative IGM-Liste bei den letzten

Betriebsratswahlen 50 Prozent der Stimmen im Arbeiterbereich bekommen. Dem *Rotstift* geht es um ein konsequentes Eintreten des Betriebsrates und der IGM für die Interessen der Kollegen. Die Betriebsräte dürfen nicht das Co-Management des Betriebes sein. Sie müssen dafür sorgen, daß weder die VW-Standorte, die verschiedenen Autokonzerne noch die KollegInnen verschiedener Länder gegeneinander ausgespielt werden. Dafür werden die Kollegen auch innerhalb der IGM kämpfen.



Prozent Lohnverlust, Sonderschichten und Überstunden sind vom Betriebsrat und der Gewerkschaft nicht verhindert worden, sondern haben sogar Zustimmung gefunden.

Die Kollegen des *Rotstift* wollen mit ihrer Zeitung die ge-

Noch Plätze frei! - Anmeldung über die Red. VORAN
Das SAV-Gewerkschafter-Seminar am 10./11. 12. 94

Themen:

- ★ Die Lage in Deutschland nach den Wahlen und die Perspektiven für Gewerkschaften
- ★ Die Tarifrunde 95

- ★ Praktische Betriebsarbeit von SAV-KollegInnen
- ★ Perspektiven für den Aufbau einer linken Opposition in den Gewerkschaften und die Rolle der SAV

Mach mit bei der SAV

Ich bin 16 Jahre, Schülerin und seit Mai SAV-Mitglied. Bei einem Infostand wurde mir eine VORAN angeboten. Auch vorher hatte ich schon linke Ideen und sah unser System kritisch, aber wie eine Alternative aussehen und wie man sie erreichen könnte, war mir nicht klar. Dann haben wir diskutiert. Die Ideen leuchteten mir ein. Ich war auf einem Gruppentreffen und habe gesehen, daß die SAV demokratisch ist, daß mit allen Mitgliedern ausführlich diskutiert wird.

Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß der Aufbau einer aktiven, kämpferischen Organisation wichtig ist, um in diesem Land und auch weltweit eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Und diese Organisation ist die SAV.

Kirsten, Aachen

Aufbaufonds

Unterstützt die SAV mit Eurer Spende

Die SAV steht für den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. Wir können es uns „leisten“ das System in Frage zu stellen, weil wir den Herrschenden nicht aus der Hand fressen, wie Björn Engholm, ehemaliger SPD-Vorsitzender, der jetzt einen gutbezahlten Vertrag von der Atomindustrie für seine treuen Dienste bekommen hat.

Georg Kümmel, Köln

Die Grünen haben im Bundestag mit der CDU gekungelt, um einen der prestigeträchtigen Vizepräsidenten des Bundestages

zu bekommen. Die Oppositionsparteien im Bundestag finanzieren sich zu einem großen Teil über Wahlkampfkostenersatzung. Geld, das letztendlich von der breiten Masse der Bevölkerung gezahlt wird. Geld, das sich die Parteien nehmen, ohne zu fragen. Wahrscheinlich, weil sie wissen, daß kaum jemand freiwillig für ihre lahme Oppositionspolitik auch noch Geld spenden würde.

Auch die SAV ist finanziell abhängig. Allerdings nicht von Staatsknete oder den Schmiergeldern der steuerhinterziehenden Millionären, wir sind finan-

ziell abhängig von den Beiträgen unserer Mitglieder und den Spenden aus der Arbeiterbewegung.

Wir haben im vergangenen Jahr die SAV neu gegründet. Wir haben geholfen das Anti-Nazi-Camp von *Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)* zu organisieren. Unsere Zeitung berichtet regelmäßig über die Arbeit von JRE.

SAV-Mitglieder beteiligen sich an oder organisieren selber Aktionen gegen Nazis, gegen staatlichen Rassismus, gegen Abschiebung von Ausländern, gegen Schließung von Jugend-

zentren, gegen Lohnabbau und Privatisierung im öffentlichen Dienst ...

Wer gut findet, was wir machen, den fordern wir auf, uns mit einer Spende zu unterstützen. Und besonders wichtig für unsere Arbeit sind regelmäßige Spenden per Dauerauftrag oder Einzugsermächtigung.

Zum Jahresende haben wir einen besonderen Spendenappell gestartet, um unsere Arbeit auch im neuen Jahr finanzieren zu können. Bei Redaktionsschluß der Zeitung waren bereits 8491 DM eingegangen.

Sozialistische Alternative VORAN

Treffen der Ortsgruppen und Veranstaltungen

Rostock

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Berlin

OG Marzahn: 10. 1. 18.30 Uhr: „Gibt es einen 'gesunden Nationalismus'?", Ort bitte unter 030 / 4 44 76 16 erfragen
OG Norwest, OG Süd: Infos unter obiger Telefonnummer

Bremerhaven

Jeden Montag, 19 Uhr, Freizeitheim Lehe-Treff, Eupener Str. 3
Infos über Themen unter 04 71 / 20 09 92

Kassel

OG West: jeweils freitags, 18 Uhr, Werkstatt-Cafe, Fr.-Ebert-Str. 175 (gegenüber der Stadthalle)
OG Nordost: jeweils freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
OG Wehlheiden: jeden Sonntag, 18 Uhr, Cafe Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
Infos über Themen unter 05 61 / 1 64 91

Köln

Jeden Montag, 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 (Nähe U-Bahn Ebertplatz), 19. 12.: „Für besseren öffentlichen Nahverkehr“
Infos unter 02 21 / 13 45 04

Aachen

OG Nord: jeden Montag um 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18, Thema am 12. 12.: „Sozialabbau“
OG Mitte: jeden Dienstag, 19 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41
OG Ost: jeden Montag, 19 Uhr, Ort bitte erfragen
Weitere Infos unter 02 41 / 50 86 85

Siegen

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Frankfurt/Main

Infos über Ort und Termine unter 0 61 81 / 57 35 45

Stuttgart

OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9, Thema am 14. 12.: „Malcom X“
OG Süd-West: jeden Dienstag 17.30 Uhr, Jugendhaus Heschlach (Böblinger Str. 92)
OG Nord: Termine erfragen unter 07 11 / 2 23 82 14

Freiburg

Sonntag, 11. 12., 19.30 Uhr: „Lehrstellenabbau in Freiburg“
Infos über Ort und weitere Termine unter 07 61 / 4 16 32

Kampffonds

Neben unserem Sonderappell zum Jahresende muß natürlich der Kampf um den gleichnamigen Fonds weiterlaufen.

Georg Kümmel, Köln

Alle SAV-Gruppen sollten darauf achten, Aktionen, Informationsstände und Unterschriftensammlungen mit dem Kampffonds zu verbinden. Schließlich läßt sich leicht erklä-

ren, daß uns jedes Flugblatt, jedes Plakat Geld kostet. Und unsere Zeitung enthält natürlich keine Werbung. Sie kann sich finanziell nur tragen, wenn möglichst viele Käufer den Solidaritäts-Preis oder mehr bezahlen.

Wir haben bis zum Jahresende ein Ziel von 35 000 DM, es gibt noch viel zu tun, um das zu erreichen.

Die Weihnachts- und Silvesterzeit ist jedoch eine ideale

Gelegenheit, um das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden. Statt teurer Geschenke, deren Kauf viel Streß bedeutet und über die sich sowieso kaum einer freut, könnten Mitglieder und SympathisantInnen der SAV ihr überschüssiges Geld in eine der zahlreichen Feiern zum Jahresende investieren, deren Überschuß an den Kampffonds geht.

4. Quartal 94	erreicht DM	% des Ziels	Ziel DM
Schleswig Holstein	0	0%	500
Bremen	40	2%	1800
Mecklenburg-Vorpommern	160	18%	900
Berlin	1050	21%	5000
Nordrhein-Westfalen	4660	38%	12300
Hessen	2603	41%	6400
Baden-Württemberg	1820	38%	5200
Sonstiges	305	11%	2900
Gesamt	10 638	30%	35 000

VORAN
Impressum
Überregionale marxistische Monatszeitung
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN für sozialistische Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteur: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck-Mandrei GmbH, Essen
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221 / 134504 oder 134504
Telefax 0221 / 137220
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59 430

ABONNIERT VORAN!

zehn Ausgaben zu 18,- DM
 zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 Förderabo, 10 Ausgaben zu ___ DM (min. 30,-)

Name, Anschrift, Telefon _____

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitte schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Werde Mitglied der SAV!

ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
 ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir setzen uns mit Dir in Verbindung und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon _____

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80



Streikende SchülerInnen zeigen, was sie beim Gedanken an die Regierung fühlen: Rabbia = Zorn

Italien in Aufruhr

Generalstreiks, Massendemonstrationen, Schülerproteste, spontane Streiks – seit Oktober ist Italien im Aufruhr. Die Bewegung ist eine der größten in Europa seit dem Krieg. Von Geert Möbius, Köln

Den Zorn der Arbeiter hat sich Berlusconi durch seine Wahlkampf-Lügen wie „Eine Million neue Arbeitsplätze“, durch seine Verstrickung in Bestechungsskandale und vor allem durch sein rigoroses Sparprogramm zugezogen.

Die Anhebung des Rentenalters und weitere Rentenänderungen sollte den Staatsetat um 9 Milliarden DM entlasten. Die ärmsten Rentner mit unter 700 DM Monatsrente würden eine Einbuße von 6 Prozent erleiden. Im Gesundheitswesen sollten 6

Milliarden DM eingespart werden, das Militär müßte dagegen nur auf 1,5 Milliarden DM verzichten. Ein Amnestiegesetz für Bausünder, wobei die Baulöwen sich mit einem Strafgeld von Verfolgung freikaufen können, sollte kurzfristig 5 Milliarden einbringen. Doch die Bau-Bonzen haben diese Möglichkeit – wohl weil sie ernsthafte Verfolgung gar nicht befürchten – bisher nicht wahrgenommen. Die Amnestie erregt auch deshalb Ärger, weil die Schwarzbauten besonders im Alpenraum Haupt-

ursache für die Todesopfer bei der Überschwemmungskatastrophe waren.

Berlusconi ist auch deshalb gewählt worden, weil er ein Bruch mit der Tradition der Bestechung fast aller Regierungsbeamter und Parlamentsabgeordneter versprach. Pünktlich zum UNO-Kongress über die organisierte Kriminalität Ende November in Neapel wurde ihm der Ermittlungsbescheid über Bestechung von Steuerbeamten durch Spitzenmanager seines Konzerns Fininvest zugestellt. Sein Bruder hat bereits gestanden. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Berlusconi wegen Mitwisserschaft oder Anstiftung.

Das Image des sauberen Geschäftsmannes verwandelte sich sich in das eines direkten Vertreters des mafiösen Big Business. Nach den enttäuschten Hoffnungen auf einen Neuanfang riß den Arbeitern der Geduldtsfad. Hinzu kommt die dumme Annahme gegen die protestierenden Arbeiter: Vor der Demo am 12. November riet Berlusconi der Bevölkerung: „Arbeiten statt streiken“. Der 12. 11. war ein Samstag!

Radikalisierung

Der Generalstreik am 14. Oktober war nach zwei Streik- und Aktionswochen ein erster Höhepunkt des Protestes: schätzungsweise 3 Millionen demonstrieren in 90 Städten. Am Tag davor demonstrierten 20 000 Polizisten in Rom mit der Parole: „Wir werden nicht das Unterdrückungsinstrument dieser Regierung sein“

Ende Oktober spitzten sich die

Aktionen wieder zu. Streiks und Demonstrationen sowohl im öffentlichen Dienst wie im Privatsektor nahmen zu. 30 000 Rentner demonstrierten in Rom, Schüler streikten. Anfang November streikten die Eisenbahner, die Polizei, die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerker. Dann folgte der zweite Höhepunkt: die 1,5 Millionen-Demonstration in Rom.

Ganz Rom war von Demonstrationen überflutet. Selbst Leute aus den Überschwemmungsgebieten kamen, in total verdreckter Kleidung, um Berlusconi zu zeigen, was sie von seinem Appell, aufzuräumen statt zu demonstrieren, halten. Gewerkschafter hatten Texte alter Arbeiterlieder vervielfältigt, doch das war nicht nötig. „Bandiera Rossa“ (Rote Fahne) kannten sie noch alle.

Die Zeitungen stellten die Demonstration als Volksfest dar, doch die heitere Stimmung widerspiegelte das Gefühl der Eignigkeit der Masse gegen die Bonzen und ihre Regierung. Sie drückte die Entschlossenheit und Stärke der Bewegung aus. Das „Volk“, die Arbeiterklasse, findet zurück zu kämpferischen Traditionen, die Farbe rot ist wieder die absolute Modifarbe geworden.

Nach dem 12. November gingen dezentrale Aktionen der ArbeiterInnen weiter. Am 2. Dezember soll der nächste 8-stündige Generalstreik stattfinden. Inzwischen ist die Regierung so unter Druck geraten, daß sie mit der Gewerkschaftsspitze über Änderungen am Haushaltsgesetz verhandelt.

Ein Welle von Schul- und Universitätsbesetzungen rollt zur

Zeit über Italien. In Genua sind streikende Schüler zu den Fabriken gezogen, aus denen sich viele Arbeiter spontan dem Protestzug anschlossen. Bei dieser Gelegenheit konnte die Jugend dann auch alte Kampflieder der Arbeiterbewegung lernen.

Im Dezember findet eine Streik- und Aktionswoche und ein Studentenkongress gegen die Regierungspläne und Rassismus statt. Der Jugend geht es darum, eine Regierung mit faschistischer Beteiligung so schnell wie möglich aus dem Amt zu jagen.

Eine Bewegung, die vom Himmel fiel?

Noch im Frühjahr hätte kaum jemand eine solche Massenbewegung erwartet. Nach dem Wahlsieg der *Forza Italia* bildete deren Führer Berlusconi eine Regierung unter Einschluß der Faschisten. Viele sahen im Ergebnis der Parlamentswahlen nur die faschistische Gefahr, ein Zeichen für die Schwäche der Arbeiterbewegung.

VORAN war schon damals der Auffassung, daß die Wahl hauptsächlich die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hat. Die Arbeiterklasse hatte die Nase voll von Korruption, Steuererhöhungen, Reallohnverlust.

Die gewendete PDS (ehemalige Kommunistische Partei, PCI) war unfähig, für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen. Sie war und ist damit beschäftigt, den Konzernmanagern ihren Glauben an die Marktwirtschaft zu beweisen, plant eigene Sparkonzepte und will sogar mit den bei den Parlamentswahlen im Frühjahr fast verschwundenen Christdemokraten, der regionalistischen Lega Nord und den „demokratischen Kräften in der *Forza Italia*“ eine neue Regierung bilden. Eine solche PDS war für die Unzufriedenen keine Alternative zur bisherigen Regierungspolitik.

Die *Rifondazione Comunista* (RC) steht zwar in Worten zum Sozialismus, ging bei den Parlamentswahlen aber ein Wahlbündnis mit der PDS und linksliberalen Kräften ein und verzichtete dabei auf ein sozialistisches Programm. Die Führung der RC hatte es nicht geschafft, Arbeiter und Jugendliche im Kampf zu mobilisieren, erhielt bei den Wahlen lediglich 6 Prozent.

Nach der Abspaltung von der PDS hatte die RC die Sympathie vieler radikalierter Arbeiter und Jugendlicher. Doch weil sie die Oppositionsbewegung nicht offensiv organisierte, hat sie zur

bewegung als auch dieser Regierung zu erkennen. ... Eine große Oppositionskoalition machen zu wollen, indem man sich zum Zentrum öffnet, halte ich für einen großen Irrtum, denn es bedeutet, auf eine eigene linke Plattform zu verzichten. ... Um eine ernsthafte Alternative zu schaffen, ist es unerlässlich, dieses kapitalistische Entwicklungsmodell der Kritik zu unterziehen. Wer das nicht tut, wird die entsetzliche soziale Krise unseres Landes nicht lösen.“

Warum sagt er nicht einfach, daß die Großkonzerne verstaatlicht und die Wirtschaft demokratisch geplant werden muß? Die RC-Führer haben Angst, mit konkreten Forderungen ihre allgemeine „Kritik“ an „diesem“ Kapitalismusmodell zu erläutern. Meinen sie, daß man noch ein anderes Kapitalismusmodell ausprobieren sollte? Wie sollte denn das aussehen, angesichts der Probleme der Staatsverschuldung und der weltweiten Konkurrenz? Die RC-Führung bietet keine deutliche Alternative zur PDS-Politik, sondern übt sich in Wortradikalität.

So kommt es, daß bei den Kommunalwahlen im November die *Forza Italia* zwar eine vernichtende Niederlage einfuhr, aber auch die Faschisten an Stimmen gewinnen konnte. Linke Wahlbündnisse konnten ihre Stimmergebnisse zwar steigern, aber nicht im vollen Umfang von der Anti-Regierungsstimmung profitieren.

Die Gewerkschaften sind aber der einzige organisierende Faktor, viele Aktionen finden spontan statt. Anfangs haben die Gewerkschaftsführer lediglich die Streichung der Rentenkürzungen verlangt und sich prinzipiell mit einem Sparhaushalt einverstanden erklärt. Man wäre ja bereit zu zahlen, nur sollte die Last sozial gerechter verteilt werden ...

Perspektiven

Der wachsende Druck führte zu einem Bruch in der Regierungskoalition. Berlusconi war gezwungen, viele Abstimmungen mit der Vertrauensfrage zu verknüpfen. Vor allem die *Lega Nord* fürchtet um ihre Unterstützung und stimmte gegen die Kürzung des Inflationsausgleichs.

Wegen der politischen Schwäche der linken Parteien und der Gewerkschaften hat die Bewegung nicht zu einem massenhaften Eintritt in Organisationen der Arbeiterbewegung geführt. Das Spontane der Bewegung macht zur Zeit sogar ihre Stärke aus. Sie kann nicht einfach von



Der Protest gegen die Regierung kann sich auch schnell gegen die Arbeitgeber wenden

Zeit wenig aktive Mitglieder. Inzwischen fordert sie den Rücktritt von Berlusconi und erklärt sich bedingt zu einem Regierungsbündnis mit der PDS bereit. Der Generalsekretär der RC, Bertinotti, in einem „Junge Welt“-Interview am 18. 11.: „Es muß begriffen werden, daß in Italien eine große Klassenbewegung entstanden ist ... In der Linken tut man sich noch jetzt schwer, den Klassencharakter sowohl der neuen Oppositions-

oben abgewürgt werden. Sollte die herrschende Klasse gezwungen sein, Berlusconi fallen zu lassen, was wahrscheinlich ist, und einen neuen Regierung unter Einschluß der PDS zu bilden, so wird dies alleine nicht unbedingt zu einem Abflauen der Bewegung führen. Selbst wenn bei der Rentenreform Zugeständnisse gemacht werden, wird eine Regierung, die keine Maßnahmen zur Abschaffung des Kapitalismus trifft, mit einer Staats-

Die soziale und wirtschaftliche Lage

Offiziell leben 15 Prozent (nach Schätzung der Caritas 25 Prozent) am Rande des Existenzminimums oder darunter.

Zur Zeit gibt es ein Wirtschaftswachstum von rund 4 Prozent. Die Beschäftigung ist 1994 um rund 4,8 Prozent gesunken (über 1 Million Arbeitsplätze weniger) und wird 1995 nach offiziellen Schätzungen höchstens um 0,4 Prozent steigen. Die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt rund 7 Prozent im Norden, 9,5 in Mittelitalien und 19,5 in Süditalien, 23 auf Sizilien. Die Frauenarbeitslosigkeit liegt in Süditalien bei 27,1 Prozent.

Das staatliche Defizit beträgt rund 1,8 Billionen DM, was 120 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung Italiens entspricht. Es wächst pro Minute um rund 300 000 DM.

Die Massenbewegung und die Regierungskrise haben die Börse in Turbulenzen gestürzt. Der Kurs des Lira droht abzustürzen. Ohne ein Abbau des Defizits drohen höhere Inflation und steigende Zinsen, was die sowieso erwartete Abschwächung des Aufschwungs beschleunigen würde.

verschuldung konfrontiert, die entweder ein starkes Anwachsen der Inflation nach sich zieht oder einschneidende Kürzungen gegen die Arbeiterklasse verlangt.

Beides bedeutet ein Angriff auf den Lebensstandard der Bevölkerung, wobei gerade die Aussicht auf ein Überschwappen der Bewegung zu Lohnkämpfen die Unternehmer schreckt. Auch wenn die Bewegung nicht ununterbrochen auf einem so hohen Niveau weiterlaufen wird, ist sie doch zu stark, um durch eine Regierung gebrochen zu werden. Das zeigen die geringen Auswirkungen, rassistische Vorurteile zu schüren oder die Bewegung über Provokateure in Auseinandersetzung mit der Polizei zu treiben.

Die italienischen Arbeiter haben immer wieder bewiesen, daß sie für eine bessere Zukunft

kämpfen wollen. Sie haben kein Vertrauen mehr in Politiker irgendeiner Partei oder staatliche Stellen. Auch die PDS hat anders als in den Siebzigern nicht mehr die Autorität, Kämpfe abzubremsten. Spontane Bewegungen können sehr weit gehen, es kann in nächster Zeit auch zu unbefristeten Generalstreiks oder zu lokalen Aufständen wie letztes Jahr im süditalienischen Crotona kommen.

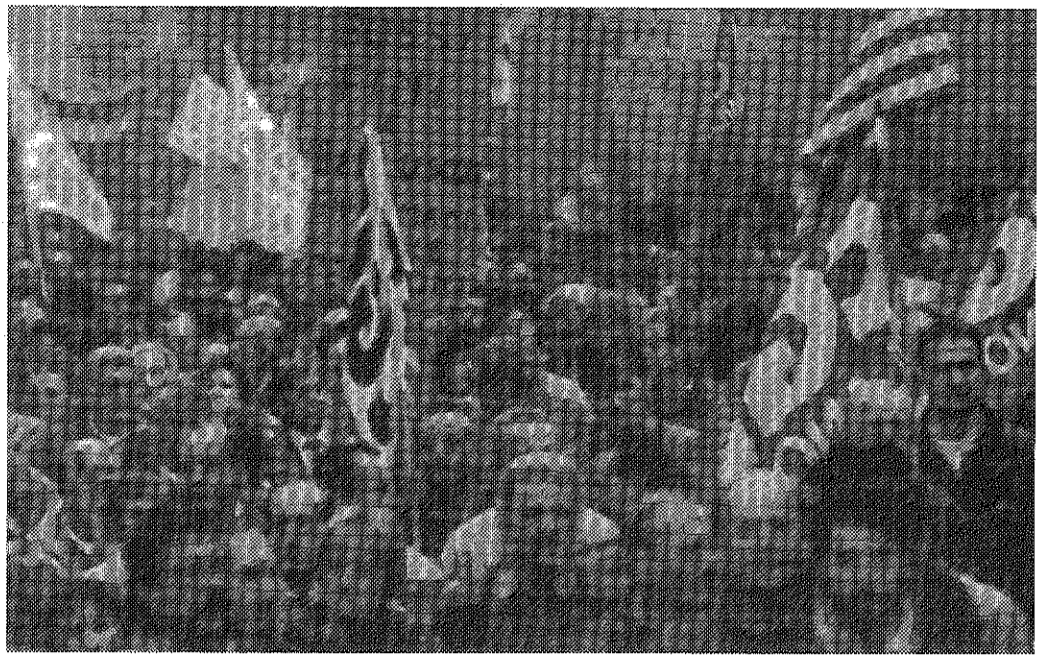
Revolutionäre Führung

Die Arbeiterbewegung wird in den nächsten Monaten und Jahren ihre Traditionen aus der Zeit von 1969-76 wiederentdecken. Doch wenn es nicht gelingt, eine marxistische Führung aufzubauen, die die Kämpfe verallgemeinert und die Bewegung vorwärtstreibt, wird diese wieder in einer Sackgasse enden. Die herr-

sche Klasse ist bisher vor diktatorischen Maßnahmen zurückgeschreckt. Auch heute hat sie Angst davor. Doch sie hält die polizeistaatliche Option bereit. Das zeigen die faschistische Attacke auf die Gewerkschaftsbüros in Napoli 1992, Berlusconi Angriffe auf das Fernsehen und nicht zuletzt die Regierungsteilnahme der Faschisten von der *Alleanza Nazionale*.

Die kurze Phase relativer parlamentarisch-demokratischer Stabilität ist vorbei. Für die herrschende Klasse heißt die Alternative: Aussitzen-des-Chaos oder diktatorische Lösung.

Für die Arbeiterklasse gilt es, eine revolutionäre Führung aufzubauen, um mit dem Alptraum aus sinkendem Lebensstandard, Mafia, Korruption und Faschisten ein für allemal aufzuräumen und den Sozialismus zu erkämpfen. ■



Am 12. 11. 94 fand in Rom die größte Demo der Nachkriegsgeschichte statt

1969-76: Revolutionäre Zeiten

Nicht zum erstenmal wird Italien von einer massiven Bewegung der ArbeiterInnen erschüttert. Die Jahre von 1969 bis 1976 waren vom Klassenkampf geprägt. Der italienische Kapitalismus stand am Abgrund. Es gab mehrere Generalstreiks. Es entstanden Arbeiterkomitees, die über die Mitbestimmung hinausgingen und die Machtfrage im Betrieb stellten. Mehrfach gab es Pläne für Militärputsche, doch die Kapitalisten schreckten davor zurück. Sie machten enorme Zugeständnisse: Kürzere Arbeitszeiten, wesentlich höhere Löhne und demokratische Rechte im Betrieb. Von Claus Ludwig, Köln

Das „Wirtschaftswunder“ nach dem Krieg beruhte auf billiger Arbeitskraft. Die miserablen Verhältnisse in den ländlichen Gebieten führten zu einem ständigen Zustrom in den industriellen Norden. Selbst in den Aufschwungzeiten gab es eine „industrielle Reservearmee“ von bis zu 1 Million Arbeitslosen. Dies führte zu einem Druck auf die Löhne und vorübergehend auch zu einer Lähmung der Gewerkschaften. Doch die Zuwanderer aus dem Süden, die mit der Stumpfsinnigkeit industrieller Fließbandproduktion und miesen sozialen Bedingungen außerhalb des Betriebes konfrontiert wurden, wurden 1969 zu einem vorantreibenden Faktor der Klassenkämpfe.

Die Wirtschaft wuchs jedes Jahr zwischen 6 und 10 Prozent, auch der Lebensstandard in den Städten stieg, doch große Teile der Bevölkerung vor allem im Süden lebten weiter an der Armutsgrenze. Die durch Korruption und Mißwirtschaft zusätzlich verschärfte Lage im Gesundheits- und Bildungswesen sowie im Wohnungsbau schürte die Unzufriedenheit.

Die Bewegung beginnt

Nach den Wahlen 1968, die Stimmengewinne für die PCI (Kommunistische Partei Italiens) und die PSIUP, eine Linksabspaltung der PSI (Sozialisten) gebracht hatten, wurde einmal mehr eine kurzlebige Regierung aus DC (Christdemokraten), PSI und bürgerlichen Splitterparteien formiert. Doch die italienischen ArbeiterInnen nahmen ihr Schicksal selbst in die Hand, der Kampf verlagerte sich auf die betriebliche Ebene. Die Erschießung von zwei Streikenden durch die Polizei löste im November 68 den ersten Generalstreik von über 12 Millionen ArbeiterInnen aus.

Im Frühjahr führten Aktionen für bessere Renten und Proteste gegen Polizeiübergriffe zu einer Reihe von Generalstreiks. Die Bewegung umfaßte alle Schichten der arbeitenden Bevölke-

rung: Medizinstudenten besetzten zusammen mit den Patienten die psychiatrischen Kliniken, um gegen Überbelegung zu protestieren. In Sardinien blockierten Schaffhüter die Manöver der Armee. Im Süden des Landes wurden christdemokratische Bürgermeister durch Aufstände aus ihrem Ämtern gejagt.

Die britische *Times* über die Angst der Herrschenden: „Streiks, Agitation und Gewalt sind ein permanenter Bestandteil des Lebens in Italien geworden.“

Herbst 69

Im Herbst wurde der Durchbruch bei den Fiat-Werken in Turin erzielt. Die Abteilungen der Facharbeiter begannen mit Streiks, dann schlossen sich die Fließbandarbeiter an. Die Absperrung von 30 000 Fiat-Arbeitern führte zu einem Streik in der gesamten Metall-Industrie. In dieser Streikbewegung entstanden vorbei an den alten Gewerkschaftsstrukturen neue Formen der Interessenvertretung der Basis. Gleichzeitig wurden die Gewerkschaften von unten zur Einheit gezwungen und politisiert.

Innerhalb kurzer Zeit mußten Regierung und Konzerne Zugeständnisse machen. Die „scala mobile“ (gleitende Lohnskala = automatische Anpassung der Löhne an die Preissteigerung) wurde eingeführt, massive Lohnhöhungen und die 40-Stunden-Woche durchgesetzt. Im „Arbeiterstatut“ wurden das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb und Freistellung von der Arbeit festgeschrieben.

In den Betrieben wurde die Verfügungsgewalt der Unternehmer in Frage gestellt. 1974 mußte Fiat einen Tarifvertrag akzeptieren, der das Unternehmen auf Investitionen in Südtalien zu den Bedingungen der Gewerkschaften festlegte.

Die Erfolge in den Betrieben wurden auf politischer Ebene ergänzt. 1974 konnte per Volksentscheid das Recht auf Ehe-

scheidung gegen eine hysterische Kampagne der Christdemokraten und des Vatikans durchgesetzt werden. Bei den Wahlen 1976 erreichten PCI, PSI und Democrazia Proletaria zusammen fast 49 Prozent der Stimmen.

Grenzen der Reaktion

Das italienische Kapital sah seine Herrschaft bedroht. Mehrfach wurden Militärputsche geplant und Provokationen durchgeführt. Doch die Arbeiterklasse reagierte massiv. Als 1976 ein linker Student von Faschisten erschossen wurde, kam es innerhalb weniger Tage zu einem Generalstreik. Immer wieder schreckte das Kapital aus Furcht vor der Arbeiterklasse zurück.

Inzwischen ist bewiesen, daß der der Linken zugeschriebene Bombenanschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank 1969 das Werk von rechten Terroristen und staatlichen Provokateuren war. Für den Fall eines Regierungseintritts der PCI hatte Mitte der Siebziger die Geheimloge P2, in der sich Konzernherren, Rechtsterroristen und Politiker vereinten, einen Militärputsch geplant. Auch die Ermordung des DC-Politikers Aldo Moro, der die PCI an der Regierung beteiligen wollte, durch die „brigate rosse“ geht auf Kosten des Staatsapparates.

Bis 1976 befand sich Italien in einer vorrevolutionären Situation. Die herrschende Klasse, die Freunde der Christdemokraten im CIA und bei der NATO, die Faschisten und der Vatikan sahen keine Möglichkeit, die Bewegung der Arbeiterklasse gewaltsam zu stoppen. Sie mußten Zugeständnisse machen und die Bewegung „aussitzen“. Die weitsichtigeren Vertreter des Kapitals setzten darauf, daß Eingrenzung der Arbeiterbewegung und die Stabilisierung der Situation nur mit Hilfe der reformistischen Arbeiterführer zu erreichen sei.

Reform oder Revolution

Die erreichten Reformen waren das „Abfallprodukt“ einer vorrevolutionären Situation. Der Sturz des Kapitalismus wäre in Italien möglich gewesen. Die PCI hatte auf ihrem Höhepunkt 2,2 Millionen Mitglieder, war die stärkste „kommunistische“ Partei der westlichen Welt. Doch von Anfang an setzte sie darauf, die Bewegung in reformistische Bahnen zu lenken.

Ohne an der Regierung beteiligt zu sein, stellte die PCI die linke Flanke derselben dar und

trug die Politik der DC mit. 1976 unterstützte die PCI zunächst Steuererhöhungen und einen Lohnstopp für Arbeiter. Erst als die PCI-Vertreter als Arbeitverräter beschimpft wurden und die Bewegung sich von unten entwickelte, machte die Partei einen halbherzigen Schwenk.

Im PCI-Programm von 1976 heißt es: „Wir versprechen keine einfachen Zeiten ... Weitere Opfer von ärmeren Schichten der Bevölkerung kann es nur geben, wenn auch den privilegierten Gruppen Opfer abverlangt werden.“ Die Sozialdemokratisierung der PCI gipfelte in der Po-



„Die Macht dem Volk – Arbeiter-Avantgarde“ (1976)

litik des „historischen Kompromisses“. Dieser sah eine dauerhafte Zusammenarbeit mit der Hauptpartei des Kapitals, den Christdemokraten, auf der Grundlage einiger Reformen und die Aussöhnung von Arbeiter- und Kapitalinteressen vor. Eine sozialistische Perspektive wurde auf unbestimmte Zukunft verschoben.

Schon 1972 analysierte die Zeitung des internationalen Finanzkapitals, die *Financial Times* den PCI-Kongreß: „Niemand zuvor hat diese kommunistische Partei ... die Revolution so ausdrücklich abgelehnt und ihre bürgerlich-reformistischen Ziele so deutlich erklärt.“ Die *Times* schrieb 76: „Von ihrem Programm her steht die italienische Version des Kommunismus für die Marktwirtschaft.“

Die PCI-Führung hatte alles getan, um die Arbeiterbewegung in „vernünftige“ Bahnen im Rahmen des Kapitalismus zu lenken. Durch die ungeheure Energie der italienischen Arbeiterklasse kamen trotzdem immer wieder Kämpfe von unten auf. Gruppen links der PCI wurden gestärkt, so deren Abspaltung „il manifesto“ und maoistische Gruppierungen. Doch es gelang

ihnen nicht, eine ernsthafte revolutionäre Alternative zur Sozialdemokratie aufzubauen, viele Aktivisten blieben bei der PCI.

Als die Bewegung abebbte, gingen Teile vor allem der studentischen und der arbeitslosen Jugend als Reaktion auf den sozialdemokratischen Kurs der PCI zum individuellen Terror über. Es entstand die Bewegung „autonomia operaia“ (Arbeiterautonomie), die Straßenschlachten mit der Polizei provozierte und bewaffnete Demonstrationen durchführte. Wegen der fortgeschrittenen Radikalisierung hatten auch terroristische

kommt zum revolutionären Sturz des Kapitalismus oder die Reaktion gewinnt die Überhand.

Die Achtziger Jahre waren für die herrschende Klasse eine kurze Verschnaufpause. Die Klassenkämpfe blieben auf einem relativ niedrigen Niveau, die italienischen Arbeiter waren müde und hofften auf den wirtschaftlichen Aufschwung. Doch wegen der allzu offensichtlichen Macht- und Korruptionsspielen der Herrschenden gab es keine politische Stabilisierung.

Die PCI setzte unterdessen ihren Kurs der Sozialdemokratisierung fort, der 1989 mit der Umbenennung in PDS – „Partei der demokratischen Linken“ seinen vorläufigen Höhepunkt fand: Der linke Flügel spaltete sich ab, 150 000 Mitglieder bildeten die RC (Kommunistische Neugründung).

1992 brach das politische System zusammen, als die Korruptionsskandale an die Öffentlichkeit kamen. Es wurde klar, daß sämtliche Parteien, allen voran PSI und DC, von Unternehmern geschmiert wurden. Für öffentliche Bauaufträge gab es ein abgestuftes System der Zahlung an Parteien je nach Stimmenanteilen! Über 100 000 Politiker, Unternehmer und Beamte sind in Korruptionsskandalen verwickelt. Es kam heraus, daß der langjährige Ministerpräsident Andreotti der offizielle Vertreter der Mafia im Kabinett war.

Die Christdemokraten, bis in die Achtziger stabile Partei des Kapitals mit zwischen 27 und 40 Prozent der Stimmen, brachen zusammen. Die Partei löste sich im Herbst 93 auf. Die Nachfolgepartei PPI kam zuletzt auf 12 Prozent der Stimmen.

Begleitet wurde der Zusammenbruch des politischen Systems von massiven Angriffen auf die Arbeiterklasse. 1992 wurde die „scala mobile“ mit Zustimmung der Gewerkschaften abgeschafft. Kürzungen im Gesundheitswesen und bei den Renten wurden in Angriff genommen.

Die Entfremdung der ArbeiterInnen und der Jugend vom System hatte massiv zugenommen. Doch die Linke bot keine Alternative zum verkommenen System. Die PDS hat sich als Kraft der Kontinuität dargestellt, die nichts Wesentliches ändern würde und hat keine Stellung gegen die Sozialkürzungen bezogen.

Im März 94 konnte sich so ausgerechnet der Meister der Korruption, Berlusconi, als Saubermann und neue Kraft darstellen und mit dem Versprechen von einer Million neuer Arbeitsplätze die Wahl gewinnen. ■

Indonesien / Ost-Timor

Widerstand nimmt zu

Vor Beginn der Konferenz des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (APEC) in Jakarta, der Hauptstadt Indonesiens, wuchs der Protest gegen die diktatorische Regierung von Staatschef General Suharto.

Martin, Kassel

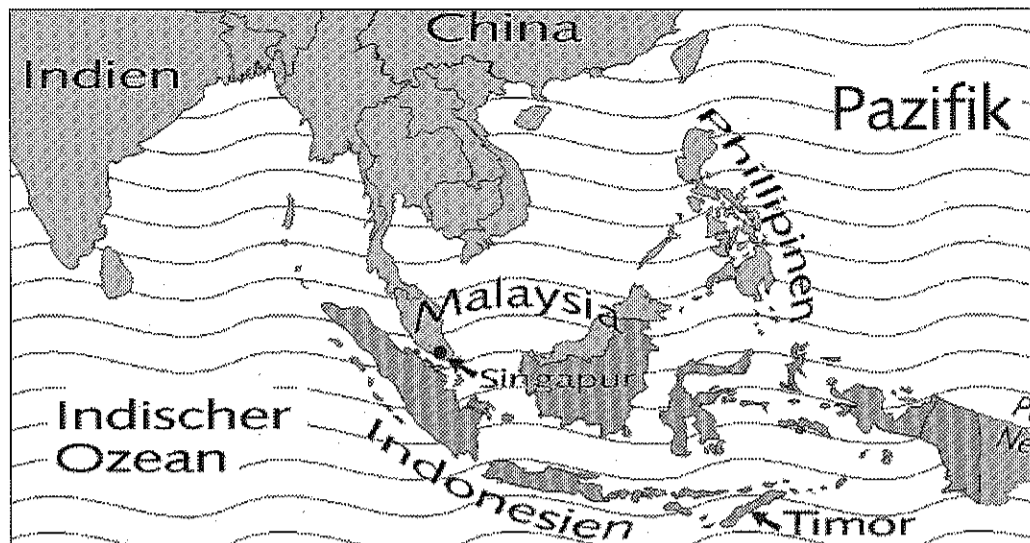
29 Studenten gelang es trotz verschärfter Sicherheitsmaßnahmen auf das Gelände der US-Botschaft vorzudringen und gegen die Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegung auf Ost-Timor zu protestieren. Einen Tag später lieferten sich tau-

sende Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung in Dili, der Hauptstadt des seit 1976 von Indonesien besetzten Ost-Timors, blutige Straßenschlachten mit der Polizei, bei denen mindestens drei Menschen starben.

Der Druck wächst

Die Auseinandersetzungen begannen nach einer Demonstration, bei der an das Massaker von Dili 1991 erinnert wurde. Damals nahmen Militäreinheiten einen Trauerzug unter Beschuss und töteten mehr als hundert Demonstranten.

Diese Auseinandersetzungen sind der Höhepunkt einer Reihe von Kämpfen in diesem Jahr. Im Juni verbot die Regierung kurzerhand drei regimiekritische Zeitungen. Diese hatten über krumme Geschäfte von Kindern des Regierungschefs, einen Kreditkandal, in den die staatliche Entwicklungsbank verwickelt war und über Unregelmäßigkeiten bei der Beschaffung von 39 Kriegsschiffen aus ehemaligen DDR-Beständen berichtet. In der Hauptstadt Jakarta gab es Demonstrationen gegen die Verbote und die Zensur der Presse, die von der Polizei gewaltsam



aufgelöst wurden.

Auch in den Betrieben wächst der Unmut über schlechte Arbeitsbedingungen und staatliche Repression. Im Oktober brachte ein dreitägiger Streik der Taxifahrer den Verkehr in der 12-Millionen-Stadt Jakarta zum Erliegen. Im April beteiligten sich über 50 000 Arbeiter in Medan, einer Stadt, in der Firmen wie Adidas, Nike, Grundig und Sony high tech zu Niedriglöhnen produzieren, an einer Demonstration. Sie verlangten eine Anhebung ihrer Löhne, die momentan bei 2,50 DM pro Tag liegen. Die Führer dieser Bewegung wurden wegen des Aufrufs zu einer Demonstration zu sieben und acht Monaten Gefängnis verurteilt. Anderen Arbeitern, die für den Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaft kämpfen, soll noch der Prozeß gemacht werden.

Zensur, Unterdrückung der Opposition und gewaltsame Auflösung von Demonstrationen haben in Indonesien Tradition. Die Militärs um den Staatschef Suharto kamen 1965 durch einen Putsch an die Macht. Sie zerschlugen die Kommunistische Partei Indonesiens, mit über 2 Millionen Mitgliedern die stärkste KP außerhalb des Ostblock, die seit dem Ende des zweiten Weltkriegs immer mehr Einfluß gewonnen hatte. In einer „Nacht der langen Messer“ ermordeten die Militärs mehrere

hunderttausend Menschen, andere wurden in Lagern interniert oder mußten ins Exil gehen.

In den darauffolgenden Jahren entwickelten die Militärs Indonesien nach den Vorstellungen des Kapitals. Sie öffneten das Land für westliche Konzerne, denen sie ein niedriges Lohnniveau garantierten. Versuche der Arbeiter, sich nach der Zerschlagung ihrer Organisationen gegen die Willkür der Unternehmer zu wehren wurden von Militär und Polizei erstickt.

Statt einer unabhängigen Gewerkschaft gibt es eine vom Staat abhängige Organisation namens SPSP, in der Arbeiter und Unternehmer partnerschaftlich zusammenarbeiten sollen. Letztlich haben natürlich Staat und Unternehmer das Sagen.

Außenpolitisch bauten die Mi-

litärs Indonesien zu einer lokalen Macht auf. Die Besetzung der ehemaligen portugiesischen Kolonie Ost-Timor 1976 war ein Höhepunkt dieser Politik. Die geplante Lieferung von Kriegsschiffen aus Ex-DDR Beständen, sowie deutscher U-Boote zeigen die Unterstützung der westlichen Industriestaaten für diese aggressive Politik.

Auch wenn das Regime Suhartos noch in der Lage ist, mit Hilfe von Militär und Polizei Bewegungen zu unterdrücken, so zeigen die Demonstrationen und Streiks in diesem Jahr deutlich, daß die Arbeiterbewegung Indonesiens trotz der jahrzehntelangen Unterdrückung wieder stark genug ist, um die Friedhofsruhe, die über Indonesien lag aufzubrechen.



Im November kam es zu vielen Aktionen gegen die militärische Besetzung von Ost-Timor

Gegen Rassismus international: Frankreich

Angriff auf islamische Mädchen

Seit dem 20. September verbietet ein Erlass des Bildungsministers Bayrou islamischen Frauen und Mädchen das Tragen von Kopftüchern in der Schule. Wer es trotzdem trägt, ist vom Schulausschluß bedroht. Die SchülerInnen lassen sich das nicht gefallen und kämpfen gemeinsam mit französischen Antirassisten gegen diesen Erlass.

Helgard, Kassel, JRE-Mitglied

Schon 1989 war ein Gesetzentwurf gescheitert, der den islamischen Mädchen vorschreiben wollte, wie sie sich zu kleiden haben. Der jetzige Erlass zitiert zum Teil wörtlich aus dem damaligen Entwurf eines Abgeordneten der konservativen RPR, der von der faschistischen Front National unterstützt wurde.

Begründet wird die Vorschrift mit der Weltlichkeit (laïcité) der Schulen. Das ist Heuchelei: in vielen Schulen ist Religionsunterricht Pflicht. Außerdem wollte die konservative Regierung im vergangenen Frühjahr durchsetzen, daß katholische Privatschulen noch mehr Geld bekommen als bisher. Nur die Proteste von Hunderttausenden von SchülerInnen verhinderten dies.

Der Bayrou-Erlass ist nicht etwa die einsame Maßnahme eines Bildungsministers. Unter Innenminister Pasqua wird in gro-

ßem Maßstab versucht, ImmigrantInnen zu kriminalisieren, der „islamische Fundamentalismus“ dient dabei als Schreckgespenst. Im Sommer wurden in Paris 27 000 Araber und Afrikaner von der Polizei durchsucht. Dutzende wurden ohne Gerichtsverfahren abgeschoben. Es wurden Sammellager für ImmigrantInnen eingerichtet, um diese von der Pariser Bevölkerung zu isolieren.

Auch das Verbot der Kopftücher war mit einer Medienkampagne verbunden, bei der die Stimmung gegen die islamischen Mädchen angeheizt wurde. Es kam zu Ausschreitungen, einige wurden auf der Straße beschimpft, ihnen wurden die Kopftücher heruntergerissen.

Sie müssen selbst entscheiden!

Auch die angebliche Linke, die Sozialistische Partei und viele Intellektuelle, sind sich über das Kopftuch-Verbot uneinig. Viele „Linke“ unterstützen den Regierungserlass aus „antireligiösen“ Gründen. Schließlich wären die islamischen Fundamentalisten rückständig und frauenfeindlich, die Mädchen würden zum Tragen der Kopftücher gezwungen.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Der Islam ist zunächst nicht frauenfeindlicher als die

katholische Kirche. Die Auslegung des Islams durch die Fundamentalisten ist zwar politisch rückständig und frauenfeindlich, doch das islamische Kopftuch ist nicht ein Ausdruck des Fundamentalismus, sondern nur ein Bekenntnis zur Religion und wird freiwillig von den Mädchen und Frauen getragen.

Außerdem hilft das Verbot den islamischen Frauen im Widerstand gegen sexistische Fundamentalisten nicht. Im Gegenteil: Den Mädchen, die jetzt vom Schulunterricht ausgeschlossen werden, bleibt nur die Wahl zwischen Verzicht auf Schulbildung – damit sind ihre Chancen auf gute Jobs und finanzielle Unabhängigkeit dahin – oder dem Besuch einer islamischen

Schule.

Von Frauenunterdrückung im Islam oder irgendeiner anderen Religion können sich die Unterdrückten nur selbst befreien. Die rechte Regierung in Frankreich interessiert das Schicksal islamischer Frauen nicht, sie benutzt die Kopftuch-Frage, um rassistische Stimmungen zu schüren. Linke, die dabei mitmachen, sabotieren damit den Kampf für demokratische Rechte, gegen rassistische Spaltung und gegen Frauenunterdrückung.

Die Aufgabe von SozialistInnen ist nicht, islamische Frauen zu bevormunden, sondern im gemeinsamen Kampf Alternativen zum islamischen Fundamentalismus und Kapitalismus aufzuzeigen.

SchülerInnen wehren sich

Auf dem Gymnasium Saint-Exupéry in Mantes-la-Jolie bei Paris waren 24 Mädchen vom Ausschluß bedroht. Andere SchülerInnen haben sich mit ihnen solidarisiert. Zusammen mit der GR – Gauche Révolutionnaire (Revolutionäre Linke, Schwesterorganisation der SAV) und der französischen JRE haben sie Demos und Streikposten organisiert, um gegen den Erlass zu kämpfen. Die Polizei griff eine Demo

brutal an. Gegen ein Mitglied der GR wurde Anklage erhoben. Im Schmuddel-Blatt France-Soir erschien ein Artikel, der JRE als Partner des iranischen Geheimdienstes diffamierte!

Die SchülerInnen ließen sich nicht einschüchtern. An einer Solidaritäts-Veranstaltung nahmen von 1000 Schülern 1600 teil. Auch an anderen Schulen wird protestiert. Bei Redaktionsschluß gingen die Aktionen noch weiter.

Schweden

Arbeiter stimmen gegen EU-Beitritt

Nur um 280 000 Stimmen hat die „Nein“-Kampagne von unten gegen das „Ja“ der Herrschenden verloren.

Marcus, Arbeiterbund OFFENSIV, Stockholm

Unter den ArbeiterInnen und der Jugend haben die „Nein“-Stimmen überwogen. 52 Prozent der Frauen und 62 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben den EU-Eintritt abgelehnt.

Die Verantwortung für die 52:47-Mehrheit für den Beitritt zur Europäischen Union trägt die Führung der Arbeiterbewegung. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Ingvar Carlsson und die Führer des Gewerkschaftsverbandes (LO) waren die loyalen Diener in der Kampagne für das „Ja“, die hauptsächlich vom Arbeitgeberverband getragen wurde.

Die Grünen und die Linkspartei (Ex-Kommunisten) haben zwar gegen den EU-Beitritt argumentiert, aber trotzdem die Sozialkürzungen der sozialdemokratischen Minderheitsregierung im Parlament unterstützt, anstatt zu erklären, daß dies die ersten Schritte beim Sozialabbau sind, um Schweden auf die EU vorzubereiten.

Mit der Volksabstimmung wird die Debatte über die EU in Schweden nicht vorbei sein. Nur Tage danach verlangen die Kapitalisten, die alles in die Waagschale für die „Ja“-Kampagne geworden hatten, neue Einschnitte im sozialen Bereich. Als Folge werden jetzt in der Arbeiterbewegung Proteste gegen die Haltung der Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokraten vorbereitet.

Die Kampagne für den Beitritt war eine Materialschlacht. Millionen Broschüren wurden von der Regierung verteilt, 94 von 100 Zeitungen unterstützten die

Kampagne, die bürgerliche Opposition, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften warben dafür.

Schwächen der EU-Gegner

Die Front der EU-Gegner wurde von bürgerlichen Politikern beherrscht. Der Arbeiterbund OFFENSIV (AFO), die Schwesterorganisation der SAV, war von der offiziellen „Nein“-Kampagne ausgeschlossen. Deren Führer erklärten, sie wollten nicht, daß die Kampagne durch den AFO „eine linke Prägung bekomme“.

Die bürgerliche Führung der EU-Gegner war nicht in der Lage, entscheidende Schichten der sozialdemokratischen Anhänger davon zu überzeugen, daß Carlsson sie mit seinen Versprechungen von wirtschaftlicher Besserung durch die EU auf einen falschen Weg führt.

Mit einer klaren Ausrichtung auf die Arbeiterinteressen hätte die „Nein“-Kampagne gewonnen werden können. Doch sowohl Grüne als auch die Linkspartei verzichteten darauf, obwohl sie bei den Wahlen gestärkt wurden, weil sie als radikale linke Kraft gesehen wurden.

Der AFO hat während der Kampagne sieben Demonstrationen unter dem Motto „Jugend gegen die EU“ durchgeführt. Außerdem organisierte er mit Elevekampanjen (sozialistische Jugendorganisation, Mitglied bei JRE) zusammen 56 Schulabstimmungen. Die „Nein“-Stimmen überwogen dabei 2:1.

Allgemeine Umfragen ergaben, daß, hätten die 16-18-jährigen mit abstimmen dürfen, die EU-Gegner gewonnen hätten. Dort lag die Ablehnung bei 60 Prozent.

Ist die Erde überbevölkert?

Kriege überziehen die Kontinente, die Tagesschau zeigt immer neue Hungerkatastrophen, neue Umweltprobleme tauchen auf, von denen jedes einzelne die Zukunft der Menschheit gefährdet. Ist die Überbevölkerung des Planeten die Ursache dieser Katastrophen?

Oliver, Kassel

„Überbevölkerung“ ist das Zauberwort der Wissenschaftler und Politiker. In diesem Sinne fand im September die erste UNO-Bevölkerungskonferenz in Kairo statt.

Im Foyer des Konferenzsaales tickte die „Bevölkerungsuhr“ und zählte in weniger als einer Sekunde einen neuen Erdenbewohner hinzu, am 4. 9. um 12 Uhr zeigte sie 5 657 178 226 Menschen an und drängte die Teilnehmer, endlich dem rasanten Wachstum und allen angeblich daraus folgenden Übeln ein Ende zu machen.

Sozialisten haben immer betont: Es gibt nur „zu viele“ Menschen im Verhältnis zu den Ressourcen wie Nahrungsmitteln und der Art von deren Herstellung. Wieviel Nahrungsmittel und Konsumgüter umweltverträglich hergestellt werden können, hängt von der sozialen Ordnung der Welt ab, die magische Zahl, ab der die Erde als „überbevölkert“ gelten kann, ist noch weit entfernt. Die Chefin des UN-Bevölkerungsfonds gibt zu, daß „Hunger ein soziales Phänomen ist, nicht nur ein Resultat von Nahrungsmittelknappheit“.

Ursachen von Hunger

Auf der Erde werden mehr Nahrungsmittel produziert, als zur vernünftigen Ernährung der Menschheit gebraucht werden. Die Europäische Union gibt jährlich Milliarden für die Subvention von Überschüssen der europäischen Landwirte aus, die mit überintensivierter Landwirtschaft ihren Lebensstandard verteidigen wollen und dabei die Natur zugrunde richten.

20 Prozent der Weltbevölkerung sind krank oder unterernährt. Die Landwirtschaft in Afrika, Asien und Lateinamerika wird von multinationalen Konzernen beherrscht, produ-

ziert wird für den Export, für die Ernährung der eigenen Bevölkerung bleibt nicht genug übrig. Das Preisniveau auf dem Weltmarkt zerstört für Massen von Kleinbauern die Existenzgrundlage, sie flüchten in die Elendsviertel der Städte, die Böden werden bis zur totalen Erosion ausgelaugt oder durch Pestizide und Dünger vergiftet.

Der übermäßige Fleischkonsum der reichen Länder vernichtet Unmengen wertvoller Nahrung, die an überzüchtete, kranke Masttiere verfüttert wird – im Wissenschaftlerjargon heißt das „Veredelung“ von Lebensmitteln. Hunger ist in erster Linie das Resultat der Machtverhältnisse auf dem Weltmarkt. Ist die Natur von MacDonalds' Rinderfarmen erst einmal zugrunde gerichtet, kann sie die umliegende Bevölkerung auch tatsächlich nicht mehr ernähren.

Bürgerkriege gegen die imperialistische Übermacht oder zwischen Vertretern unterschiedlicher westlicher Mächte führen zu Ernteausfällen und Hungersnöten. Überschwemmungen und andere Katastrophen infolge des Raubbaus an der Natur tun ein Übriges.

Die kapitalistische Weltordnung bedeutet Niedergang und Zerstörung. Um das zu verschleiern, muß die „Überbevölkerung“ erhalten.

Für die Zukunft erwarten Fachleute jedoch eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums, nach Schätzungen werden 2050 zwischen 8 und 12 Milliarden Menschen auf unserem Planeten leben.

Gründe sind die Verbreitung von Verhütungsmitteln und begrenzte Fortschritte bei der Bildung. Selbst in katholischen Brasilien benutzen 69 Prozent der Frauen Verhütungsmittel.

Hinzu kommt, daß selbst bei begrenzter wirtschaftlicher Entwicklung im Rahmen des Kapitalismus das Bevölkerungswachstum automatisch zurückgeht. Das zeigt die Entwicklung der südostasiatischen Länder.

In den ärmsten Ländern gilt Kinderreichtum jedoch immer noch als Arbeitskräftekapital für Altersversorgung, auch wenn in Lateinamerika auf dem Land Arbeitskräftemangel herrscht, weil die jungen Leute vor der

perspektivlosen Armut in die Städte flüchten.

Heilige Allianz der Ignoranz

Die Vorschläge der westlichen „Experten“ ignorieren die soziale Frage und versuchen das Problem technokratisch zu lösen. Menschen werden als statistische Größen behandelt und als das eigentlich zu lösende Problem hingestellt. So kommt die Frage nach einer sinnvollen Organisation der Wirtschaft und Verteilung von Reichtum gar nicht auf.

Wort Frauenrechte nicht ins Arabische übersetzen. Dazu ein Übersetzer der UNO: „Die Leute wissen genau, was Rechte sind – es ist nur die Frage, ob Regierungen Frauen diese zustehen wollen.“

„Eine der Mythen der Entwicklungspolitik ist, daß sich die Segnungen der wirtschaftlichen Entwicklung der Reichen zuletzt auch auf die Armen auswirken ... Die 'Grüne Revolution' beispielsweise hat in Indien zu einem Nahrungsmittelüberschuß geführt, aber es gibt wenig Anzeichen, daß Hunger, Unterernährung und Armut in den

Kosten der Umwelt gehende Entwicklung ermöglichen soll.

Solche „nachhaltige Entwicklung“ ist im Kapitalismus utopisch. Das US-Büro für Internationale Entwicklung hat errechnet, daß die Erde 67 Milliarden Menschen ernähren könnte, würden alle landwirtschaftlich nutzbaren Flächen mit der Intensität wie in Holland bewirtschaftet. Abgesehen davon, daß eine so intensive Nutzung in ihrer Umweltbelastung fragwürdig ist, braucht eine umweltverträgliche Intensivierung und Neuorganisation der weltweiten Landwirtschaft Kapital, was die Bau-



Hunger im Sudan als Folge des Bürgerkrieges: Kinder suchen nach Ameisen zum Essen

Statt Schlußfolgerungen zu ziehen, befaßte sich die Konferenz mit dem Versuch des Vatikans im Bündnis mit islamischen Staaten und konservativen Politikern die Konferenz als Plattform für frauen- und homosexuellenfeindliche Kreuzzüge zu nutzen. Jährlich sterben 250 000 Frauen an schlecht ausgeführten Abtreibungen – und die katholische Kirche demonstriert auf den Philippinen unter dem Banner „Verhütung = Abtreibung = Mord“ gegen die Konferenz. Islamische Delegierte behaupten, man könne das

ländlichen Gebieten Indiens entsprechend zurückgegangen wäre.“ (Club of Rome – ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern, die seit Jahrzehnten vor der Zerstörung der Lebensgrundlagen warnen).

Langfristige Planung nötig

Gerne reden Experten jetzt von „nachhaltiger Entwicklung“, dem Recht auf Entwicklung für alle Länder, von einem neuen Weg, der den armen Ländern eine selbstbestimmte, nicht auf

ern in den armen Ländern nicht haben. Zudem widerspricht jede weltweit geplante Nahrungsmittelproduktion dem Profitsystem, das langfristige Planung nicht zuläßt: „Die Kräfte des Marktes reagieren ausschließlich auf kurzfristige Signale und bieten keine verlässlichen Anhaltspunkte für langfristige Überlegungen.“ Inzwischen fordern die Kräfte des Marktes täglich tausende neue Opfer.

Was wir wirklich brauchen, ist eine Weltkonferenz zu Fragen der demokratischen Planwirtschaft. ■

Krieg unter Palästinensern?

Die Rechnung der israelischen Regierung geht auf: Arafats Polizei und die PLO-Miliz Fatah liefern sich bewaffnete Auseinandersetzungen mit Hamas-Kämpfern.

Nachdem Arafats Polizei 15 unbewaffnete Demonstranten vor einer Moschee erschossen hatte, kam es in einem Flüchtlingslager in Süd-Libanon zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, unter Einsatz von Maschinengewehren und Granatwerfern.

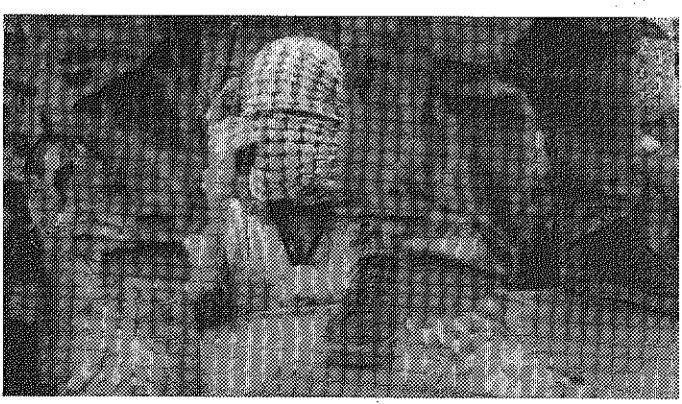
Der Verhandlungsprozeß zwischen Israel und der PLO mußte in eine Sackgasse geraten: was nützen kleine Schritte Richtung

Unabhängigkeit, wenn die autonomen Gebiete ökonomisch nicht lebensfähig sind, Israel den Zugang zu den Arbeitsplätzen einschränkt, die versprochenen Hilfsgelder nicht eintreffen (Ende November erst 10 Prozent der für 1994 versprochenen 650 Millionen DM), die Armut sich dramatisch verschlimmert?

Eine Lösung der Probleme in Israel/Palästina ist über Autonomie oder Unabhängigkeit allein nicht möglich. Die israelische Wirtschaft hängt am Tropf der USA, die Aufhebung des Handelsembargos mit den arabischen Ländern hat angesichts der wachsenden Probleme der OPEC-Länder nur begrenzte

Auswirkungen. Jüdische und arabische ArbeiterInnen müssen gemeinsam gegen die kapitalistische Ausbeutung und für gleiche demokratische Rechte kämpfen. Eine sozialistische Föderation unabhängiger Staaten im Nahen Osten könnte über einen gemeinsamen Wirtschaftsplan schnell Schritte zu Verbesserung der sozialen Lage aller erreichen.

Die begrenzte Autonomie dient dazu, einen Teil der Palästinenser in den Herrschaftsapparat zu integrieren – mit Erfolg. Weil es aber keine sozialistische Kraft in Palästina gibt, können die Islamisten der Hamas die Unzufriedenheit vieler Palästi-



Fatah-Kämpfer demonstrieren für Arafat

nenser mit den Folgen der Autonomie für sich nutzen. Doch der Fundamentalismus führt nicht zu Arbeitereinheit, sondern zu

religiös-nationalistischem Bürgerkrieg.

Geert Möbius, Köln



Letzte Meldung: Norwegen gegen EU

Die GegnerInnen des EU-Beitritts Norwegens haben die Abstimmung mit 53,6 gegen 46,4 Prozent gewonnen. Wie in Schweden (siehe Artikel auf Seite 8) hatten auch dort alle etablierten Parteien und Kräfte für den EU-Beitritt geworben.

In der deutschen Presse werden als Gründe der Entscheidung die „Abgeschiedenheit“ und die patriotische, eigenständige Tradition des Landes genannt. Doch die Ursachen sind wie in Schweden in den Klassengegensätzen zu finden. Diejenigen haben gegen die EU gestimmt, die Angriffe auf ihren Lebensstandard durch die EU fürchten: 57 Prozent aller Frauen, viele Industriearbeiter und kleine Selbstständige wie Fischer. Das brutale Senken der sozialen Standards in allen Ländern der Gemeinschaft mit Hilfe des Europa-Arguments gibt den norwegischen und schwedischen ArbeiterInnen recht.

Air France in Spanien?

Spanien-Touristen mußten Ende November ihr Gepäck selbst zum Terminal schleppen. Das nützte aber nichts, Flugzeuge flogen nicht. Die Beschäftigten der Iberia-Fluglinie waren in einen landesweiten wilden Streik gegen die Kürzungspläne des Vorstandes getreten. 5200 von 24 000 KollegInnen sollten entlassen werden.

Schon vorher sah ein Sanierungsplan der Geschäftsleitung allgemeine Gehaltskürzungen um 15 Prozent und zwangsweise Frühpensionierungen vor. Dieser Plan war durch Streiks verhindert worden.

Wie der Kampf um den neuen Horrorkatalog ausgeht, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Die Unternehmensleitung drohte, doppelt soviele Leute wie geplant zu entlassen, um den Streikenden Angst zu machen. Doch die Beschäftigten scheinen sehr entschlossen.

Der Arbeitskampf erinnert – auch wegen der Zusammenstöße mit der Polizei – an die Auseinandersetzung bei Air France vor einem Jahr, als nach Wochen militanter Streiks die Geschäftsleitung vorübergehend zum Rückzug blasen mußte.

Hunger-Bericht 95

Die Organisation „Bread for the World“ widerlegt in ihrem Report „Hunger 1995“ den Zynismus der UNO-Überbevölkerungs-Hysterie mit krassen Fakten: Während die reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung über 84,7 Prozent des Welteinkommens verfügen, bleiben dem untersten Fünftel ganze 1,4 Prozent. Schlußfolgerung: Bei gerechter Verteilung würde die Nahrung für alle Menschen reichen. Stattdessen erreichen die weltweiten Rüstungsausgaben im laufenden Jahr mit 767 Milliarden Dollar fast das Gesamteinkommen der armen Hälfte der Menschheit.

Nazi-Organisationen



FAP: Zentrum militanter Nazis

Das Kernstück der militanten Rechten bildet die FAP („Freiheitliche Arbeiterpartei“). Sie betreibt einige der „Nationalen-Info-Telefone“ und steckt hinter Aktionen der „Anti-Antifa“. FAPler traten oft als Organisatoren von Neonazi-Aufmärschen auf.

Jörg, JRE-Mitglied Mönchenglöblich

Die FAP wurde 1979 vom ehemaligen HJ-Führer Martin Pape gegründet. Sie hatte ein militärisches, rassistisches Weltbild, war Neonazis gegenüber offen, war jedoch eher bieder-nostalgisch. Politische Bedeutung als militante Kaderorganisation entschlossener Neonazis bekam sie erst mit dem Verbot der ANS/NA („Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“). Diese war 1977 vom ehemaligen Bundeswehr-Leutnant Michael Kühnen gegründet worden.

Nach dem Verbot der sich als NSDAP-Nachfolgeorganisation

verstehenden Gruppe, traten deren Mitglieder in die FAP ein.

Die FAP wuchs schnell zur am größten offen auftretenden faschistischen Partei. Kühnen wurde zum inoffiziellen Führer der FAP. Nach einigen Querelen und Fraktionskämpfen, vor allem wegen Kühnens Homosexualität, bekam dieser 89 die Organisation wieder unter Kontrolle.

Seit 88 ist Friedhelm Busse offizieller Vorsitzender der FAP. Er hatte vorher vier Jahre im Gefängnis gesessen, wegen der

Unterstützung von Rechtsterroristen bei einem Banküberfall.

Im FAP-Pogramm von 92 heißt es: „Wir hängen nicht den Ideen von gestern nach, denn neue Probleme erfordern neue Lösungen.“ Allerdings macht die FAP keinen Hehl daraus, aus welcher Geisteshaltung sie ihre Lösungen bezieht, immerhin hat sie 24 von 25 Punkten des NSDAP-Programms übernommen. Mit markigen Sprüchen versucht sie sich als Systemgegner darzustellen. Sie tritt für das „nationale, sozialistische Reich“ ein und fordert „Gemeinsinn statt Klassenkampf und Ausbeutung!“, „Schutz des Menschen statt Schutz des Kapitals!“.

Die FAP tritt nach dem Verbot von *Nationalistischer Front*, *Deutscher Alternative* und *Nationaler Offensive* als organisierendes Zentrum bei Neonazi-Aktivitäten auf, so bei den Rudolf-Heß-Gedenkmärschen oder bei der „Anti-Antifa“.

Ein Verbot der FAP, über das im Staatsapparat schon seit Jahren diskutiert wird, ist wegen der zahlreichen Proteste in nächster Zeit wahrscheinlich.

Doch ein Verbot der FAP wird das Problem nicht beseitigen. Schon heute hat die FAP dank langfristiger Ankündigungen die Vorbereitungen für eine weitere Arbeit in lokalen Gruppen treffen können. FAPler sind als „Aktionsfront Kurhessen“ (Kassel) und „Sauerländer Aktionsfront“ (Sauer- und Siegerland) aktiv, auch andere Namen werden ihnen gewiß einfallen.

Die Nazis müssen an die Öffentlichkeit gezerrt und isoliert werden. Ihre Veranstaltungen müssen verhindert und ihre Propaganda, gerade die der „Sozialrevolutionäre“, muß widerlegt werden. Das können nur die Antifaschisten und die Arbeiterbewegung zusammen erreichen.

FAP in Berlin

Die FAP konzentriert sich auf Berlin, versucht, vor allem in den östlichen Stadtteilen mit ihren „sozialrevolutionären“ Phrasen Fuß zu fassen. JRE hat den Kampf dagegen aufgenommen.

Jörg, JRE-Mitglied, Berlin-Treptow

Die Situation in Berlin ist von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und ständigen Sozialkürzungen in allen Bereichen gekennzeichnet. Vor allem Jugendliche im Ostteil sehen für sich eine düstere Zukunft. Keine Lehrstelle, keine Übernahme nach der Lehre und keine eigene Bude verursachen jede Menge Frust.

Jugendliche werden mit ihren Problemen in der Schule durch den von oben hineingetragenen Leistungsstreß und der verordneten „Denke-nur-an-dichselbst“-Politik allein gelassen. Diejenigen, die resigniert haben, hängen aufgrund fehlender Freizeiteinrichtungen auf der Straße herum. Gerade linke Parteien und Gewerkschaften stehen in der Pflicht, diesen Jugendlichen Antworten zu geben und zusammen mit ihnen den Kampf gegen die Politik der Herrschenden aufzunehmen.

Offensive der FAP

Leider ignorierten sie bislang diese Situation. Deshalb war es den Kadern der FAP („Freiheitliche Arbeiterpartei“) vor allem in den Stadtteilen Treptow und Köpenick möglich, verstärkt Jugendliche mit ihrem verlogenen „sozialrevolutionären“ Programm zu rekrutieren.

Ergebnis sind fast tägliche Übergriffe auf VietnamesInnen, ein von der FAP handsignierter Brandanschlag auf die Anne-Frank-Oberschule oder das offene Auftreten der FAP auf einem Treptower PDS-Pressesfest.

Berlinweiter Kampf

Anwohner in Treptow informierten im Sommer die JRE-Stadtteilgruppe vom Treiben eines militanten FAP-Nazis in ihrem Haus. Es wurde eine „outing“-Demo gegen diesen organisiert, um im ganzen Stadtteil deutlich zu machen, daß dort ein Faschist wohnt. Danach zog der FAPler aus dem Haus aus.

An diese erfolgreiche Aktion wollen wir im weiteren Kampf gegen die FAP – oder deren Nachfolgeorganisationen nach einem eventuellen FAP-Verbot anknüpfen. Derzeit läuft in Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Gruppen in Berlin eine umfangreiche Recherche über „Berliner Nazi-Größen“. Die FAP macht sich nicht nur in Treptow und Köpenick breit, eine berlinweite Kampagne ist deshalb notwendig.

JRE fordert die Gewerkschaften, andere antifaschistische Organisationen und linke Parteien auf, die Kampagne gegen die FAP zu unterstützen. Die Berliner PDS hat bereits eine bessere Unterstützung als bisher bei Aktionen gegen die FAP signalisiert.

Es ist möglich, die Faschisten aus unseren Stadtteilen zu werfen. Dafür will JRE Berlin den Anstoß geben.

Haftstrafen für Antifaschisten

Am 20. 9. begann ein in der BRD bisher einmaliger Prozeß: sieben junge kurdische, türkische und deutsche Antifaschisten waren angeklagt, den Funktionär der *Deutschen Liga*, Gerhard Kaindl, ermordet zu haben. Kaindl wurde bei der militanten Verhinderung eines Nazitreffens von Messerstichen tödlich verletzt.

Alex, JRE-Mitglied Berlin-Treptow

Schon kurz nach dem Vorfall stand für die Polizei fest, daß die mutmaßlichen Täter türkischer Nationalität sein müßten, obwohl gleichzeitig betont wurde, daß die Täter maskiert gewesen seien. Der Staatsschutz bildete eine 20-köpfige Sonderkommission und setzte eine Belohnung von 10 000 DM aus. Nebenbei: Als am S-Bahnhof Schöneweide der Behinderte Hans H. vermutlich von Neonazis ermordet wurde, setzte die Polizei 5000 DM Belohnung aus und bildete keine SoKo – die Ermittlungen verliefen bisher ergebnislos. Dem Staat ist das Leben eines Faschisten offensichtlich mehr wert.

Nach den ersten Festnahmen zeigten sich undemokratischen Ermittlungsmethoden. Der zuerst festgenommene Erkan S. wurde zwei Wochen lang ohne Anwalt verhört. Erkan war schon vor dem Zwischenfall psychisch labil und in Behandlung. In diesem Zustand geriet er in die Mühlen der Vernehmungsbeamten. So entstanden die Aussagen, die zu einer Unterdrückungswelle gegen AntifaschistInnen führten. Wir vermuten, daß Erkan irgendwann zusammenbrach und der Staatsschutz ihm jede Menge Aussagen in den Mund legen konnte.

Druckmittel Ausländergesetz

Bei allen Verhören taten sich die Beamten damit hervor, ImmigrantInnen mit ihrer Aufenthaltsrechtlich unsicheren Lage einzuschüchtern. Dem Vater einer Tatverdächtigen wurde während des Verhörs gesagt, er kön-

ne seine Tochter am Flughafen noch kurz verabschieden, sie würde jetzt abgeschoben. Antifaschistische AusländerInnen sollen kriminalisiert und ihre Aktivitäten über massive Einschüchterung gestoppt werden.

Die Anklage lautete zunächst auf gemeinschaftlichem Mord und sechsfachen Mordversuch. Doch durch den Druck der internationalen Beachtung des Prozesses und der Öffentlichkeitsarbeit der antifaschistischen Bewegung konnte die Verteidigung die Anklage auf „Körperverletzung mit Todesfolge“ der Wirklichkeit näherbringen.

Die Urteile lauteten schließlich: Dreimal drei Jahre Haft, dreimal drei Jahre auf Bewährung, ein Freispruch. Bei der Verfolgung der über 80 Morde durch Faschisten seit 1990 wurde nicht annähernd ähnlicher Aufwand betrieben, geschweige denn solch hohe Strafen verhängt.

Die antifaschistische Bewegung wird als gewalttätig bis hin zum Mord verleumdet, dabei haben die verschiedenen antifaschistischen Gruppen niemals die Tötung von Nazis als Mittel des Kampfes propagiert oder durchgeführt, im Gegensatz zu den Faschisten, für die Terror gegen politische Gegner oder Minderheiten das hauptsächliche Mittel ihres Kampfes ist.

Für *Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)* ist der antifaschistische Kampf kein Duell zwischen Nazis und AntifaschistInnen. Nazis müssen bekämpft werden, indem eine breite antifaschistische Bewegung aufgebaut wird, die die Nazis politisch isoliert und zeigt, wie die sozialen Probleme von allen Jugendlichen und Arbeitern egal welcher Nationalität gemeinsam bekämpft werden können.

JRE organisiert Jugendliche, um gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung, linken Parteien, Gewerkschaften und anderen AntifaschistInnen einen effektiven Kampf gegen Nazis und Rassisten, einschließlich ihrer Schirmherren in Regierung und Vorstandsetagen, zu führen.

Zwei weitere Nazi-Morde

Im November erstachen Faschisten zwei Jugendliche. Die Polizei wurde aktiv – gegen die Trauernden.

Rotenburg, Hessen

Bundeswehrosoldaten steigen aus einem Zug. Einer trägt ein T-Shirt mit Reichskriegsflagge, Glatze. Pjotr und antifaschistische Freunde von ihm sehen die Gruppe, es kommt zum Wortwechsel. Plötzlich sticht der Panzergrenadier zu. Pjotr stirbt, ein anderer wird verletzt. Der Soldat ist inzwischen wieder auf freiem Fuß, den Aussagen der Zeugen, daß keine Notwehr vorlag, wird nicht geglaubt. Am Trauerzug von 500 Teilnehmern läuft die Polizei in Kampfanzüge rechts, links Spalier, Auswärtige werden in ihren Autos für die Dauer des Zuges festgehalten. Kerzen und Blumen an der Todesstelle werden nach Auflösung der Demonstration durch die Polizei zertrampelt.

Zittau, Sachsen

In einem Jugendzentrum findet eine Techno-Party statt. Trotz Zetteln an Theke und Tür „Das Kollektiv ist gegen Nazis“ werden Leute mit rechtem Aussehen eingelassen. Als einer anfängt

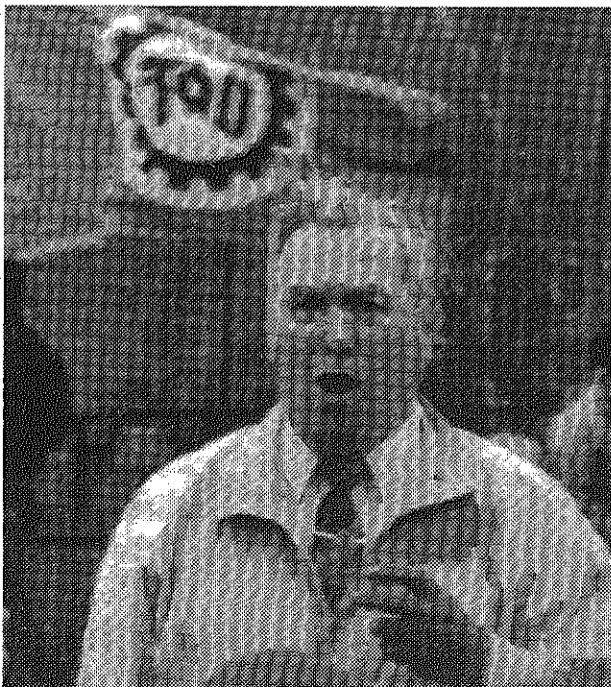
zu pöbeln und Ohrfeigen austeilt, wird er gebeten, die Disco zu verlassen und von Michael draußen zur Rede gestellt. Das bezahlt Michael mit dem Leben. Polizeiaussagen sprechen von einem ehrlichen Kampf „Mann gegen Mann“ – für Michaels Freunde unfassbar aber nicht überraschend: Bei früheren Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und Neonazis sind lediglich vier Antifaschisten zu hohen Geldstrafen verurteilt worden.

Der Staatsapparat geht manchmal auch gegen die Faschisten vor, wie mit dem Verbot der *Wiking-Jugend* im November. Ein wichtiger Grund dafür ist die starke Gegenbewegung nach Nazi-Übergriffen wie in Solingen und Rostock. Die Regierung will vermeiden, daß die antifaschistische Bewegung durch zu große faschistische Provokationen breite Schichten der Bevölkerung erfaßt. Die inzwischen normale rassistische Aktivität ist willkommen, sie dient der Spaltung der Bevölkerung zur Ablenkung von den Angriffen auf den Lebensstandard und die demokratischen Rechte.

Geert, Köln

Nicht nur Worte, auch Taten

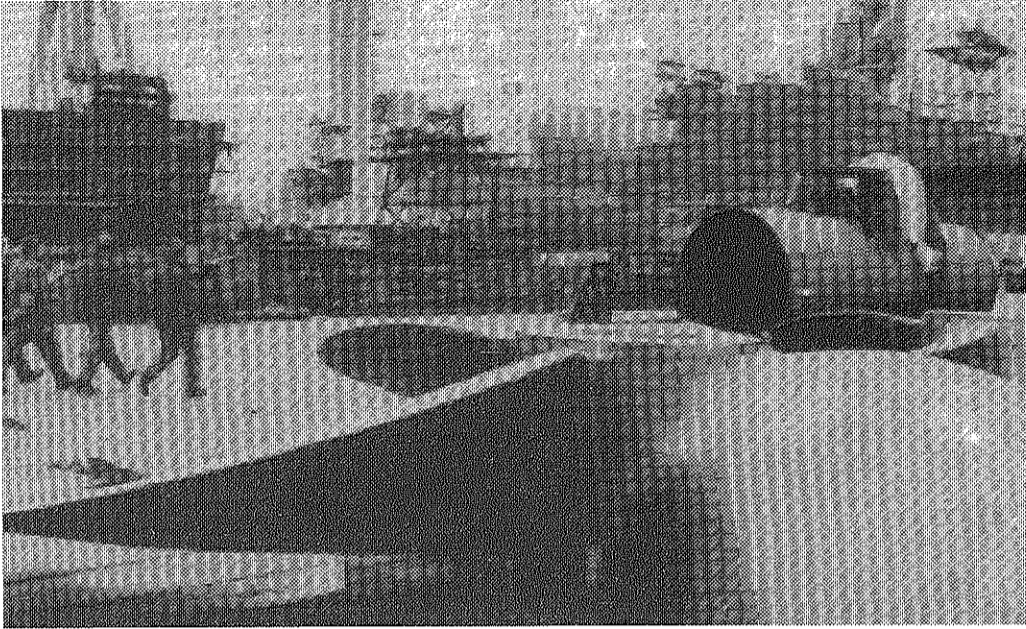
- 17. Januar 86, Duisburg: Mitglieder der FAP überfallen eine Gruppe Duisburger Gewerkschafter. Ein Kollege wird durch einen Schuß mit einer Gaspistole gefährlich verletzt.
- Dezember 89, Göttingen: Ca. 100 Mitglieder und Anhänger der FAP greifen das Jugendzentrum „Juzi“ mit Steinen und Leuchtraketen an.
- 3. Oktober 91, Hünxe: Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Zwei libanesische Mädchen erleiden lebensgefährliche Verletzungen. Drei Jugendliche aus dem FAP-Umfeld werden als Täter ermittelt.
- 15. Dezember 92, Siegen: Brutaler Mord an dem Behinderten Bruno Kappi. Die Täter kommen aus dem FAP-Umfeld.
- 20. April, Bielefeld: Brandanschlag von FAP-Sympathisanten auf ein von Türken bewohntes Haus.



FAP-Chef Busse

Metall-Tarifrunde 95

IGM-Führung bittet um Krümel



Nach Reallohnverlusten in den letzten Jahren soll das Ziel sein, das schlechte Niveau zu halten!

„Am Aufschwung teilhaben“, so lautet die Überschrift eines Kommentars in der IGM-Funktionärszeitung „Der Gewerkschafter“ (10/94). IGM-Funktionär Werner Hoffmann beschäftigt sich darin mit den kommenden Tarifverhandlungen.

Olaf, IGM-Mitglied, Aachen, Claus, IG-Medien-Mitglied, Köln

Doch in welcher Form: Der Kommentar klingt mehr wie ein Bittschrift an den Kaiser und nicht wie eine Aufstellung berechtigter Forderungen. Den

Metall-Unternehmen ging es in den letzten Jahren schlecht, und jetzt möchten sie doch bitte, wo sie sich erholen, den armen Arbeitern ein paar Krümel vom Tisch übrig lassen.

Trotz Gewinnsteigerung um 160 Prozent von 93 bis 95 – Zahlen aus dem „Gewerkschaf-

ter“-Text – meint die IGM-Metall-Führung, auf kräftige Lohnforderungen verzichten zu können. Diesen Bonus an die Arbeitgeber bekommen wir ja „zum Glück“ am 1. Oktober 95 mit der 35-Stunden-Woche zurück. Doch nach IGM-Angaben wird die Kosten-Belastung durch die Arbeitszeitverkürzung lediglich 0,35 Prozent im Jahresdurchschnitt betragen, außerdem sind die Lohnstückkosten binnen Jahresfrist um 7,1 Prozent gesunken.

Im „Gewerkschafter“-Kommentar sind diese Fakten aufgeführt, wahrscheinlich, um zu beweisen, wie heldenhaft kompromißbereit die IGM-Führung ist, wie sehr sie bereit ist, gemeinsam mit den Arbeitgebern unseren Gürtel enger zu schnallen.

„Also liebe Arbeitgeber, seid bitte nicht böse, wenn wir jetzt eine klitzekleine Lohnerhöhung fordern“ – auf nichts anderes läuft der Kommentar hinaus.

Als Totschlagargument gegen höhere Lohnforderungen dienen nicht nur Helmut Kohl und Gesamtmetall, sondern auch der IGM-Spitze die Arbeitsplätze. „Wenn die Arbeitgeber jetzt lauthals verkünden, sie wollen

Warum wir verzichten

In erster Linie wird im „Gewerkschafter“-Kommentar erklärt, was die IG Metall alles nicht fordert: „Die IG Metall verzichtet mit ihrer Forderung (6 Prozent, die Red.) auch darauf, falsche Weichenstellungen der konservativen Finanzpolitik durch gewerkschaftliche Tarifpolitik zu korrigieren ... Nach ihren Prognosen sollen die Gewinne der Metallfirmen in diesem Jahr um fast 75 Prozent steigen und im nächsten Jahr nochmals um mindestens 50 Prozent zulegen. Aber damit wird noch nicht das Ertragsniveau des letzten Metallbooms erreicht. Deshalb verzichtet die IG Metall darauf, für 1994 einen kräftigen Nachschlag auf die Einkommen geltend zu machen. Dieser Verzicht soll 1994 praktisch für eine Erhöhung der Metallgewinne zur Verfügung stehen.“



eine Runde für den Arbeitsplatz drehen, macht die IG Metall mit.“ Ja, das kennen wir: „arbeitsplatzsichernde Maßnahmen“ als Begründung für Lohnverzicht – wie bei VW, wo die Belegschaft aufs Kreuz gelegt wurde. Weniger Geld, mehr Flexibilität und trotzdem werden Arbeitsplätze abgebaut.

Wer solche Kommentare im Vorfeld der Tarifrunde verfaßt, muß sich vorwerfen lassen, die Basis demobilisieren zu wollen, indem er die Argumente der Arbeitgeber verbreitet. Der muß sich vorwerfen lassen, daß ihm

das wichtigste an der Gewerkschaftsarbeit der eigene gutbezahlte Job ist.

Wir können es uns im nächsten Jahr nicht leisten, den Unternehmen höhere Gewinne zugestehen, in der Hoffnung, es möge etwas für uns abfallen.

Wenn schon keine höhere Forderung als 6 Prozent aufgestellt wird, muß diese wenigstens voll durchgesetzt werden. Je weniger die IGM-Spitze bereit ist, dafür zu kämpfen, desto mehr Druck muß von den Aktiven an der Basis kommen.

Ausbildung & Übernahme

Bahn setzt 3500 auf die Straße

Nach der Telekom jetzt die Bahn AG: 3500 Auszubildende, die im Frühjahr auslernen, sollen nicht übernommen werden. Das geht daraus hervor, daß nur 719 Stellen für Berufsanfänger ausgeschrieben werden.

Post-Gewerkschaft konnten die Azubis ihr Ziel nicht zu erreichen. Doch zumindest wurde durch die Aktionen der Druck auf die Telekom erhöht, den Azubis bei der Job-Suche behilflich zu sein.

Wichtiger ist jedoch, daß mit von den Auszubildenden selbst organisierten Aktionen eine Kampfform geschaffen wurde, an der kommende Jahrgänge anknüpfen können.

Die Bahn-Azubis sollten nicht darauf hoffen, daß gute Prüfungsergebnisse ihre Zukunft sichern, sondern sich gemeinsam gegen die Nicht-Übernahme wehren. Allerdings hilft bei der Bahn die Übernahme in irgend-

Das Unternehmen hält sich mit klaren Aussagen zurück und behauptet, Genaueres könnte erst gesagt werden, wenn die Anzahl der in Rente und Vorruhestand gehenden Kollegen feststünde und die Ergebnisse der Abschlußprüfungen (!) vorlägen. Das ist ein schlecht getarnter Versuch, den Auszubildenden einzureden, es läge nur an ihnen,



Für viele Auszubildende der Deutschen Bahn AG scheinen die Weichen in die Arbeitslosigkeit bereits gestellt

ob sie übernommen werden! Die Bahn AG versucht mit der alten Taktik des „teile-und-herrsche“ zu verhindern, daß die Auszubildenden einen gemeinsamen Kampf für ihre Übernahme führen.

Im Januar 94 haben die Kommunikationselektroniker-Azubis der Telekom mit der Besetzung der Berufsbildungsstellen in Bochum, Dortmund, Hagen, Kassel und Gießen den Kampf für die Übernahme aller Auslernenden geführt. Nach einigen Wochen ist die Bewegung wieder abgeflaut, nicht zuletzt wegen der mangelnden Unterstützung der

einen Beruf alleine auch nicht weiter. Die Bahn bildet zwar Industriemechaniker und andere Facharbeiterberufe aus, aber übernimmt die Ausgelernten oft nur für schlechter bezahlte und weniger qualifizierte Tätigkeiten (Rangierer, Waggonreinigung). Kein Wunder, daß viele das nicht wollen und versuchen, eine bessere Stelle in anderen Betrieben zu bekommen. Nur 1787 von 5200 Azubis haben letztes Jahr das Angebot der Bahn angenommen.

Deshalb fordert die SAV: Übernahme aller Auszubildenden im erlernten Beruf!

Lohnraub im öffentlichen Dienst

Vergebens Opfer gebracht

Die Kündigung der Tarifverträge für die ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst an Rhein und Ruhr ist nicht die erste Verschlechterung für die betroffenen Kollegen. Vor allem im Nahverkehrsbereich ist massive Arbeitsverdichtung durchgesetzt worden – oftmals mit Zustimmung der Gewerkschaft und der Arbeitnehmervertretungen.

duzierung lief über den Vorruhestand. Außerdem haben wir Regelungen gefunden, daß die finanziellen Besitzstände der Kollegen gewahrt bleiben.

etriebsräten, durch häppchenweise Verschlechterungen für die Beschäftigten die großen Angriffe zu verhindern, ist wieder einmal in die Hose gegangen.

Doch ist die ÖTV-Führung bereit, den Angriff voll zurückzuschlagen oder kommt ein Ende ein fauler Kompromiß heraus, der wieder auf Kosten der KollegInnen geht – und nächstes Jahr seinen Nachfolger in einem noch fauleren Kompromiß findet?

Betriebsrat Kämmerling gegenüber VORAN:

„Die jetzige Kündigung ist nur eine Verschlechterung. Der Tarifvertrag soll so erst einmal erhalten bleiben. Aber dann muß schon diskutieren, ob das alles so noch hinkommt. Man muß irgendwo den Leistungsgedanken in den Tarifvertrag einbringen ... Der Tarifvertrag ist zu starr. Wir können nicht sagen: Was wir uns vor Jahren erkämpft, ist unumstößlich. Die Einkommen dürfen jedoch auf keinen Fall verschlechtert werden. Aber strukturelle Dinge müssen überdacht werden. Das heißt, da kommt am Ende Rationalisierung bei raus, das ist ganz klar.“

Diese Haltung liegt im Trend des letzten ÖTV-Kongresses. Sie wird in eine Sackgasse führen, die Rationalisierung wird voll auf Kosten der KollegInnen gehen.

Wir meinen: Es ist schon genug verschlechtert werden. Die Mobilisierung der KollegInnen in ganz NRW ist die Gelegenheit, den Kampf gegen Lohnraub, Rationalisierung und Privatisierung zu verstärken. Er muß dazu genutzt werden, die Gewerkschaften von unten umzuwandeln, um sie wieder zu einem Kampfinstrument der ArbeiterInnen zu machen. Nur massiver Druck aus den Betrieben und Aktionen der KollegInnen werden die Gewerkschaftsspitze von faulen Kompromissen abhalten.

„Du hast uns vorgegaukelt, daß wir dadurch Arbeitsplätze und Einkommen sichern.“ Kölner Busfahrer zum Betriebsratsvorsitzenden Kämmerling (laut Stadtanzeiger, 30. 11. 94)

Allerdings müssen wir jetzt aufpassen: Durch den höheren Leistungsdruck gibt es Situationen, wo es ein Konflikt mit dem Arbeitszeitgesetz gibt.

Die KVB ist keine Insel, wir konnten uns nicht der allgemeinen Entwicklung zur Kostensenkung entziehen. Die Kollegen haben diese Rationalisierungen zuerst nachvollzogen ... Jetzt, nach der Tarifkündigung, sagen die Kollegen allerdings zu uns

Arbeitsverdichtung, Arbeitsplatzvernichtung und Teilprivatisierungen der letzten Jahre haben dem Großangriff auf den öffentlichen Dienst den Boden bereitet, konsequente „Besitzstandswahrung“ – ein seltsames Wort für etwas, was man jeden Tag hart erarbeitet – ist die richtige Strategie, um Arbeiterinteressen zu verteidigen. Denn am Ende der marktwirtschaftlichen Argumentation steht die nach unten offene Lohnspirale.

Dagegen hilft nicht, wenn Arbeitnehmervertreter den Arbeitgebern helfen, mehr Leistung für weniger Geld zu erhalten.

Dagegen hilft nur gewerkschaftliche Verteidigung aller erkämpften sozialen Standards und der Kampf für die Verbesserung von Einkommen, Verkürzung von Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen.

Wie weiter?

„Wir können die Fahrer nicht länger beruhigen.“ (KVB-Betriebsrat Kämmerling laut Kölner EXPRESS). Die ÖTV hat in ganz NRW massive Warnstreiks gemacht, um die Rücknahme der Kündigung zu erzwingen. Die nicht sehr kampfbereitwillige ÖTV-Führung weiß, daß diese Provokation nicht durchgehen lassen kann, daß die Wut der KollegInnen enorm ist.



Warnstreik der Busfahrer Ende November 94

den. Wenn ein Kollege heute mal einen Schnuffen hat, bleibt er nicht gleich zu Hause.

Es wurden 400 Stellen gesparrt und die Wendezeiten für Bus- und Bahnfahrer wurden gekürzt. Es gab keine betriebsbedingten Kündigungen, die Personalre-

Betriebsräten: 'Ihr habt uns auf diese Schiene geführt, jetzt kündigen die Arbeitgeber den Tarifvertrag trotzdem, da hätten wir gleich unsere Errungenschaften verteidigen können.'“

Genau! Die Strategie, von Gewerkschaftsführungen und Be-

VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Nr. 166 Dezember 1994 / Januar 1995

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Die Zeitung
gegen Kohl
und Kapital



VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Gebühr bezahlt Postamt Köln 1, Postvertriebsstück G10321 E

Arbeitgeber-Amokfahrt

Stopsignal für Lohnräuber!



Bus- und BahnfahrerInnen sind stinksauer und streikbereit. Die öffentlichen Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen wollen einen gigantischen Lohnraub durchsetzen, den KollegInnen drohen Einbußen von bis zu 1000 DM im Monat!

Fiz Garvie, Köln

Mit ihrer Kündigung der bezirklichen Zusatz-Tarifverträge

Der Großangriff zielt zuerst auf die Bus- und BahnfahrerInnen im Nahverkehr und würde nach Berechnung der ÖTV Bruttolohnverluste je nach Familienlage und Betriebszugehörigkeit von 800 bis 1000 DM im Monat bedeuten. Einige Tage nach Bekanntwerden dieser Attacke haben die KollegInnen in NRW mit Arbeitsniederlegungen geantwortet, so zum Beispiel mit Streiks in Essen, Köln und Bo-

stes. Hintergrund ist das Loch von zwei Billionen DM in der Staatskasse. Die Bundesregierung entlastet die Unternehmen und drückt den Kommunen gleichzeitig durch Kürzungen beim Arbeitslosengeld und die hohen Sozialhilfekosten mehr Ausgaben über. Durch die geplante Gewerbesteuerreform ab Januar 96 werden die Einnahmen der Kommunen in diesem Bereich, die 1994 40 Milliarden betragen, weiter sinken.

Die – meist SPD-regierten – Städte geben diese Kürzungen durch brutale soziale Einschnitte nach unten weiter. Kürzungen bei sozialen und kulturellen Leistungen der Kommunen reichen dabei längst nicht mehr aus. Die Kommunen wollen an die Einkommen der Beschäftigten ran.

Erst der Anfang

Die Arbeitgeber haben offen erklärt, daß sie eine Lohnkürzung von 30 Prozent wollen. Sie begründen dies mit den um ein Drittel geringeren Löhnen der BusfahrerInnen im privaten Fahrdienst. Hinzu kommt, daß ab 1996 laut einer Richtlinie der Europäischen Union (EU) alle kommunalen Dienstleistungen europaweit an private Anbieter ausgeschrieben werden müssen.

Dann könnte theoretisch auch ein portugiesisches Busunternehmen den Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen anbieten. Theoretisch! Denn EU und Portugal sind fern! Das soll davon

Der Anschlag auf das Tarifrecht in NRW soll eine Bresche für die Arbeitgeber schlagen – in zweifacher Hinsicht. Nach den Verkehrsbetrieben werden andere Bereiche des öffentli-

durchkommen!

Die ÖTV muß sofort mit einer Kampagne beginnen, die nicht nur alle FahrerInnen über die Hintergründe dieser Attacke aufklärt, sondern sich auch an andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst wendet – nach dem Motto: Was mit den FahrerInnen morgen passieren soll, wird Euch übermorgen blühen.

Außerdem muß sie sich an die Fahrgäste wenden, um ihnen klarzumachen, daß auch sie Leidtragende der Privatisierung sein werden – mit höheren Preisen, stillgelegten Strecken und gefährdeter Sicherheit.

Die ÖTV muß sich darauf vorbereiten, alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu Arbeitsniederlegungen aufzurufen und im Nahverkehr einen Erzwingungstreik durchzuführen. Dann mal sehen, wie lange die kommunalen Spitzenpolitiker das in der Vorweihnachtszeit „aussitzen“ wollen ...

Der Großangriff zielt zuerst auf die Bus- und BahnfahrerInnen im Nahverkehr und würde nach Berechnung der ÖTV Bruttolohnverluste je nach Familienlage und Betriebszugehörigkeit von 800 bis 1000 DM im Monat bedeuten

ablenken, daß sich vor allem deutsche Unternehmen die Profit-Rosinen durch Privatisierung herauspicken wollen.

Im Vorgriff auf dieses Datum haben die Kommunen längst mit der Privatisierung des Fahrdienstes begonnen, so in Köln, wo 30 Prozent des Busbetriebes bereits in privater Hand ist (siehe Artikel auf Seite 11).

chen Dienstes ins Visier der Lohnräuber geraten, zum Beispiel Krankenhäuser, Kindertagesstätten und die Müllabfuhr. Zweitens wird der Angriff auf andere Bundesländer ausgedehnt. Ähnliche Vorhaben sind aus anderen Städten, so aus Kassel, schon bekannt.

Umso wichtiger ist es, daß die Arbeitgeber in NRW damit nicht

- ★ **Nein zum Lohnraub im öffentlichen Dienst**
- ★ **STOP Privatisierungen**
- ★ **Solidarität mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen**

für gewerbliche ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst haben die kommunalen Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen 200 000 Beschäftigten den Krieg erklärt. Diese Verträge legen die Schichtzulagen, Pausenregelungen und Eingruppierung fest und wurden zum 30. 11. 94 bzw. 31. 12. 95 gekündigt.

chum. Die Kampfbereitschaft ist hoch, die Empörung groß.

Krise öffentlicher Haushalte

Kein Wunder, daß die KollegInnen sauer sind. Diese Kündigung ist einmalig in der Tarifgeschichte des öffentlichen Dien-

Italien in Aufruhr